Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 37.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 16. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Die Spiritustarife für Posen.

Die Angelegenheit der Spiritustarife, welche bereits der Gegenstand vieler Verhandlungen gewesen ist, findet in dem neuesten Bericht der posener Handelskammer eine ganz besonders ausführliche Erörterung. Es heißt darüber:

„In unserem vorjährigen Bericht (S. 5—29) haben wir unter Darlegung der stattgehabten Verhandlungen mit den berufenen Zentralbehörden diejenigen Verhältnisse der Landwirthschaft und des Handels unserer Provinz erörtert, welche auf die Wiederherstellung von billig normirten Ausnahmetarifen für Spiritus und Sprit von unserem Platze aus nach Süddeutschland, der Schweiz, der Rheinprovinz und Westphalen, sowie den deutschen Exporthäfen hindrängen, und nachgewiesen, wie die Geltungsdauer besagter Ausnahmetarife bis zu dem Zeitpunkt gerechtferigt sei, wo Spiritus und Sprit aus der allgemeinen Wagenladungsklasse A und B in den Spezialtarif I versetzt wären. Nachdem in einer am 30. und 31. Oktober vorigen Jahres stattgehabten Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen aber selbst ein Antrag auf Versetzung von Spiritus und Sprit aus der allgemeinen Wagenladungsklasse in den Spezialtarif I des neuen Tarifschemas durch Majoritätsbeschluß abgelehnt worden und durch diesen Beschluß die auf eine generelle Ermäßigung der Fracht für die genannten Objekte gerichtete Hoffnung vorerst als vereitelt zu betrachten war, trat um so dringlicher die Wiedergewinnung von Ausnahmetarifen für unsere Versendungen speziell nach dem südlichen und südwestlichen Deutschland, den deutschen Hafenplätzen mit dem Ausland in den Vordergrund, als der Beschluß der deutschen Eisenbahnen, die Frage der Tarifirung von Spiritus zu Exportzwecken an die ständige Eisenbahntarif-Kommission zurückzuverweisen, nicht irgendwie als eine ausreichende Wahrung unserer bedrohten Interessen erachtet werden konnte. Denn abgesehen davon, daß bei nochmaliger Berathung in der Eisenbahntarif-Kommission und demnächstiger Vorlage an die nächste Generalkonferenz der Bahnen ein außerordentlich langer Zeitraum verstreichen würde, während dessen unsere Spiritus-Produktion die unter den jetzigen Frachtverhältnissen bestehende schwere Schädigung erleiden müßte, würde auch im günstigen Falle mit der Genehmigung der Deklassifikation von Sprit zum Export in den Spezialtarif I. unseren berechtigten Wünschen nicht Genüge geschehen, da wir nicht nur für unseren direkten Verkehr mit dem Auslande, sondern auch für die Versendungen nach dem südlichen und südwestlichen Deutschland, sowie nach den deutschen Hafenplätzen der billigeren Tarifirung bedürfen.

„In einem erneuten, auf unsere Berichterstattungen vom 8. Oktober und 24. Dezember 1877, sowie vom 30. März 1878 Bezug nehmenden Vorstellen an den Herrn Handelsminister vom 12. November v. J. führten wir aus, wie unsere Befürchtungen inzwischen durch die Thatsachen als berechtigt sich erwiesen, denn es sei bei den jetzigen Frachtverhältnissen nicht möglich geworden, die frühere direkte Ueberleitung unserer Spiritusproduktion an die westlichen Konsumenten weiter im bisherigen Umfange zu entwickeln. Wir sind, so wiesen wir nach, theilweise wieder in ein Abhängigkeitsverhältniß zu den Verkehrszentren Berlin und Leipzig gerathen, deren kostspielige Vermittelung die Verwerthung unseres Produkts nur mit einem empfindlichen Preisdrucke gestattet. In einer Tabelle zur Vergleichung der amtlichen Preisnotizen in Posen und dem für Spiritus maßgebenden Markte Deutschlands, Berlin, machten wir ersichtlich, daß der monatliche Durchschnittspreis für Spiritus im September 1877 in Posen um Mark 1,75 billiger war, als in Berlin, während diese Differenz sich im Jahre 1878 zu Ungunsten Posens auf Mark 3,60 erhöhte. Im Monat Oktober 1877 war der monatliche Durchschnittspreis um Mark 2,30 geringer in Posen als in Berlin, während diese Preisdifferenz sich in diesem Jahre ebenfalls zum Nachtheile Posens auf Mark 3,80 vergrößerte, so daß also unsere Landwirthe ihr Produkt im September c. um Mark 1,85, im Oktober c. um Mark 1,50 verhältnißmäßig ungünstiger als im Vorjahre verkaufen mußten. Die Zahlen (wir führen nunmehr den betreffenden Theil des Berichts wörtlich vor) sprechen um so beredter für die außerordentliche Benachtheiligung, die unserer Provinz durch die eingetretene Frachtvertheuerung erwächst, als notorisch im September und Oktober die Spiritusproduktion noch nicht mit voller Kraft thätig ist und überdies die an den Markt tretende Waare durch den starken Konsum in den Herbstmonaten willig aufgenommen wird. In den nächsten Monaten ist also bei den stärkeren Zufuhren und bei schwächerem Bedarf eine fortschreitende ungünstige Verschiebung unserer Marktlage im Verhältniß zu den mitteldeutschen Plätzen sehr zu befürchten.

„Im Verkehrsgebiet der königl. sächsischen Bahnen besteht überdies noch ein Spiritus-Ausnahme-Tarif, dessen Sätze etwa denjenigen des Spezialtarifs I. entsprechen, während auf den preußischen Bahnen Spiritus die Fracht der allgemeinen Wagenladungsklasse zahlen muß. Diese Frachtdisparität verschärft noch die Nachtheile, welche uns dadurch getroffen haben, daß die eingetretene Frachtvertheuerung das Produkt unserer geographisch ungünstiger gelegenen Provinz auf einer wesentlich längeren Verkehrsroute belastet, als die mitteldeutschen Produzenten.

„Wie wir in unseren früheren, auf die Ausnahmetarife für Spiritus und Sprit bezüglichen Berichten an den Herrn Minister bereits erörtert haben, ist bei den spärlich fließenden Erwerbsquellen unserer Provinz die Pflege und Förderung des hauptsächlichsten und für das Gedeihen unserer Landwirthschaft unentbehrlichen Nebengewerbes derselben, der Spiritusproduktion und der damit verknüpften industriellen und kaufmännischen Interessen von hervorragender Wichtigkeit; daß diese Produktion durch die jetzigen Frachtverhältnisse empfindliche Einbuße erleidet, geht aus den oben angegebenen Preisvergleichungen mit Evidenz hervor, und wir glauben daher, nachdem die auch von uns angestrebte generelle Ermäßigung der Frachtpreise für Spiritus an dem Widerstande der Eisenbahnverwaltungen gescheitert ist, nunmehr wenigstens billigere Frachten auf den langen Verkehrsrouten in Anspruch nehmen zu dürfen.

Das Vorstellen schloß mit der Bitte, der Herr Minister wolle hochgeneigtest im Frachtverkehr von Spiritus und Sprit für den Uebergang aus unserer Provinz in die westlichen und südwestlichen Konsumtionsgebiete, sowie für den Export von deutschem Sprit die möglichst schleunige Vereinbarung von Ausnahmetarifen fördern, die auf der Basis von billig normirten, höchstens den Frachtsätzen des Spezialtarifs I analogen Einheitssätzen zu bilden sind.

„Unter gleichem Datum wandten wir uns an die königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn zu Breslau, indem wir anführten, daß in der dort am 5. dess. Mts. abgehaltenen Konferenz derselben mit Vertretern von wirthschaftlichen Korporationen wir in Gemeinschaft mit der Handelskammer zu Breslau den unter Nr. 14 der Tagesordnung gestellten Antrag auf Deklassifikation von Sprit und Spiritus in den Spezialtarif 1 dahin erweitert hätten, daß bis zum Eintritt dieser Deklassifikation im Frachtverkehr von Spiritus und Sprit für den Uebergang aus den östlichen Produktionsländern in die westlichen Konsumtionsgebiete, sowie für den Export von deutschem Sprit Ausnahmetarife in Kraft treten sollten, die auf der Basis von billig normirten, höchstens den Frachtsätzen von Spezialtarif I. analogen Einheitssätzen zu bilden seien.

„Unter Bezugnahme auf diesen von der Konferenz einstimmig angenommenen Antrag erläuterten wir denselben dahin, daß bezüglich der zu erstrebenden Ausnahmetarife unsere Verkehrsrelationen mit Baiern, Württemberg, Baden, dem Elsaß, Lothringen, der Rheinprovinz und Westphalen, ferner den deutschen Hafenplätzen, sowie mit der Schweiz, Oberitalien und von den ausländischen Exporthäfen in erster Reihe mit Marseille, Cette, Triest in Betracht kommen.

„Der Herr Handlsminister reskribirte auf unseren Antrag vom 12. November v. J. unterm 1. Mai cr. wie folgt:

„Nachdem die Mehrheit der deutschen Eisenbahnverwaltungen in der am 30./31. Oktober v. J. hier stattgehabten Generalversammlung den Antrag auf Versetzung der Artikel „Spiritus“ und „Sprit“ in den Spezialtarif I. gegen die Stimmen auch der preußischen Staatsbahnen abgelehnt hat, ist über die Wiedereinführung ermäßigter Ausnahmetarife für Spiritus und Sprit von schlesischen und posenschen Stationen nach dem südwestlichen Deutschland, dem Rhein und nach Hamburg, bezw. den übrigen Seeplätzen, sowie über die Gewährung derartiger Ausnahme-Frachtsätze von den wichtigeren Eisenbahnstationen der Provinzen Ost- und Westpreußen nach den Ost- und Nordseehäfen eine gutachtliche Aeußerung des königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums eingeholt worden. Dasselbe hat, wie ich der Handelskammer mit Bezug auf die Eingabe vom 12. November v. J. mittheile, die Nothwendigkeit derartiger Maßnahmen im öffentlichen Interesse nicht bestätigt.“

„Wir bemerken, daß im Landes-Oekonomie-Kollegium die Tarifangelegenheit sich darauf hin zuspitzte, ob das Interesse der Landwirthe und Raffineure Sachsens dadurch geschädigt werde, daß Posen und Schlesien die früheren Begünstigungen im Spiritus- und Sprit-Export wieder zugestanden erhalten. In unserm vorjährigen Bericht hatten wir Gelegenheit, die Spiritus-Industrie speziell der Provinz Sachsen mit derjenigen Posens in Vergleich zu bringen und an der Hand unbestreitbarer Thatsachen darzulegen, daß die Klagen der mitteldeutschen Spritfabrikanten und Spiritushändler ungerechtfertigt seien und den Behauptungen, welche diese Klagen begründen sollen, jede Basis fehle. Im Landes-Oekonomie-Kollegium fand weder der Antrag des Referenten, eines mit den Bedürfnissen unserer Provinz durchaus vertrauten und auch zur Sache durch hervorragende Kenntniß wie Erfahrung legitimirten Großgrundbesitzers, der die obige Frage verneinte, noch der des Korreferenten, welcher die Tarifbegünstigung des Spiritus- und Sprit-Exports aus Schlesien und Posen als „nicht gerechtfertigt“ hinstellte, die Zustimmung der Versammlung; die bezüglichen Anträge wurden abgelehnt, ein Beschluß in der Sache ist nicht gefaßt. Dies negative Resultat wird durch die Erklärung eines Mitgliedes passend illustrirt, welches die Anträge der Interessenten als diskutirbar bezeichnete, aber deshalb gegen den Referentenantrag stimmen zu müssen glaubte, weil das neue Tarifschema mit Differentialtarifen unvereinbar sei.

„Obgleich also das Landes-Oekonomie-Kollegium sich gegen die Wiedereinführung ermäßigter Tarife der schlesischen und posener Spiritusproduktion nicht ausgesprochen hat, haben wir doch unter den angeblich obwaltenden Verhältnissen von weiteren Schritten Abstand genommen. Im geeigneten Moment werden wir wiederum die für das Gedeihen unserer Provinz so wichtige Angelegenheit bei den maßgebenden Behörden nachdrücklich vertreten.

Die deutsche Reichsbank.

(Schluß.)

Eigenthümlich ist die Wechselwirkung in den Bewegungen der Anlagen und der Giroverbindlichkeiten. Diese wuchsen bei gleichzeitiger Abnahme der Wechsel immer mehr an und gingen zurück, während der Verkehr in Wechseln sich ausdehnte. Diese Bewegungen lassen es eben als unzweifelhaft erscheinen, daß die Ansprüche des allgemeinen Verkehrs sich noch nicht sonderlich bewährt haben. Freilich kommen, wie schon oben erwähnt, viele Transaktionen auf dem Wege des Giroverkehrs zu Stande, die sonst durch Wechsel erledigt wurden. Um die Bedeutung des ersteren klar zu machen, geben wir folgende vergleichende Zusammenstellung. Es wurden bei der Reichsbank übertragen zwischen Girointeressenten an verschiedenen Orten

1878	3,757,000,000	Mark
1877	3,762,000,000	„
1876	1,921,000,000	„

Es wurden ausgeglichen (auf der Debetseite allein und in Millionen Mark

	durch Baarzahlung	durch Uebertragung am Platze	auf andere Plätze
1878	4941	4224	4481
1877	5085	4057	4376
1876	3285	3079	2027

und es stellt sich das Verhältniß der Uebertragungen zur Baarzahlung wie 63,80 zu 36,20 pCt. von dem Gesammtumsatz. In 1879 fiel der höchste Stand der Giroverbindlichkeiten mit 242,374,000 M. auf den 15. März, also den Tag, an welchem der Wechselbestand dem Jahresminimum am nächsten stand, sein niedrigster Stand mit 136,335,000 Mark kam auf den 7. Oktober, den Tag des Jahresmaximums der Wechselbestände. In den letzten Dezemberwochen nahmen sie nur um 2,2 Millionen ab, dagegen in 1878 um 31,8, in 1887 um 17,4, in 1876 um 15,2 Millionen Mark.

Der Metallbestand war einigen Fluktuationen unterworfen, die mit dem Export von Gold nach Amerika im Zusammenhang standen, er war aber sowohl im Jahresdurchschnitt, wie am Schlusse des Jahres größer als in den vorausgegangenen Jahren. Er figurirt mit dem höchsten Betrage von 562,774,000 M. am 22. März und dem niedrigsten von 473,935,000 M. am 7. Januar. Die korrespondirenden Zahlen in 1878 waren 525,797,000 M. am 23. März und 445,133,000 Mark am 7. Januar, eine gesetzmäßige Bewegung, wie wir sie bereits in anderen Positionen zu konstatiren hatten. Der Notenumlauf umfaßte am 30. September 755,782,000 M., der höchste Jahresbetrag, wenn der 31. Dezember außer Betracht gelassen wird, und 556,027,000 Mark am 22. Februar (der niedrigste Betrag). In 1878 fiel der Notenumlauf, der am 7. Januar 700,569,000 M. umfaßte, am 7. Dezember auf 579,429,000 M., als den niedrigsten Stand, trotz der bedeutenden Steigerung des Notenumlaufs am 31. Dezember (um 72,5 Mill.) bleibt der Jahresdurchschnitt desselben hinter den Jahren 1877 abwärts um einen großen Betrag zurück.

Am 31. Dezember betrug (in 1000 M.)

	Metall	Notenumlauf	Unbedeckter Notenumlauf
1879	539 373	792 808	202 227
1878	472 111	663 337	148 615
1877	452 173	715 830	212 338
1876	500 592	766 107	204 230
1875	438 044	735 723	268 642

Der Jahresdurchschnitt ergiebt (in 1000 M.)

	Metallvorrath.	Notenumlauf.
1879	524 237	667 688
1878	494 072	622 642
1877	523 104	694 929
1876	510 593	684 867
1875	554 059	754 295

Die starke Zunahme des Metallvorraths darf wohl meistens auf Rechnung des Festhaltens von Silber, resp. Thalerstücken, das zum Metallbestande gezählt wird, gesetzt werden. Die Reichsbank hat im Jahre 1879 nachweislich Gold im Betrage von nur 46 229 779 M. angekauft. Rechnen wir dazu den Metallbestand vom 31. Dezember 1878 mit 472 111 000 M., so ergiebt sich die Summe von 518 340 779 Mark, die gegenüber dem Metallvorrath vom 31. Dezember 1879 mit 539,373,000 M. eine Differenz von 21 032 221 M. läßt. Wäre gleichzeitig der Goldabfluß bekannt, dann könnte eine Uebersicht über den Betrag des Silberbestandes gewonnen werden.

Eine große Rolle in dem Getriebe der Bank spielt der Stand der steuerfreien Notenreserve. Denn dieser hängt innig mit allen Veränderungen in den meisten Positionen der Reichsbank zusammen. Für sie ist die Höhe der umlaufenden Noten, wie des Metallbestandes im weiteren Sinne, d. h. inkl. Bestand an Reichskassenscheinen und Noten anderer Banken, entscheidend und auf ihren Stand wirkt mittelbar der Zu- und Abgang in dem Wechsel-Lombard- und Giroverkehr. Wir sehen, daß der unbedeckte Notenumlauf im Durchschnitt des Jahres weit kleiner ist, als in den Jahren 1877 abwärts. Am 7. Februar war die steuerfreie Notenreserve mit 267 389 000 M. nahe an ihre äußerste Grenze gerückt. Vom 15. Februar an bis 22. März überschritt der Metallvorrath im weiteren Sinne den Notenumlauf mit 8,1 Mill. bis 25,3 Millionen. Die steuerfreie Notenreserve war also in dieser Zeit nicht nur vollständig intakt, sie war sogar um jene Beträge so zu sagen unterschritten. Abgesehen von diesen Fällen fiel der höchste Stand der Notenreserve, wie schon erwähnt, mit 267 389 000 M. auf den 7. Februar, ihr niedrigster mit 75 507 000 M., den Status vom 31. Dezember außer Acht gelassen, auf den 7. Oktober.

Die steuerfreie Reserve betrug (in 1000 M.)

	am 31. Dezbr.	im Jahresdurchschnitt
1879	71 648	194 855
1878	184 600	183 456
1877	61 537	155 270
1876	68 490	150 982

Bei der Berechnung des Jahresdurchschnitts haben wir sechs Mal die gesammte Notenreserve dazu, aber auch die unterschrittenen Beträge gerechnet, ohne die letzteren stellt sich die durchschnittliche Reserve in 1879 auf 192,690 M.

Es bleibt nun noch übrig, von den an eine Kündigungsfrist gebundenen verzinslichen Depositen zu sprechen. Diese waren am 30. August ganz weggefallen, weil die Reichsbank die Annahme derselben aufgegeben hat.

Sie betrugen am 31. Dezember (in 1000 M.)

1879	1878	1877	1876	1875
nichts	9441	14,665	40,070	101,304

und durchschnittlich 5,425,000 M. Die Depositenzinsen haben sich in 1879 wesentlich verringert. Sie betrugen in 1878 noch 540,740 M. gegen 1,737,534 M. in 1877.

In den oben dargestellten Bewegungen trat die Thatsache einer fortwährenden, nur während kurzer Momente unterbrochenen Geldflüssigkeit klar hervor. Sie erhielt ihre Bestätigung durch die fast gleiche Entwickelung des Verkehrs bei den anderen Zentralbanken Europas. Um nur einen Belag dafür aus den Bewegungen der maßgebenden Positionen der Bank von England zu holen, führen wir Folgendes an. Es war bei dieser der höchste und niedrigste Stand (in 1000 Pfd. Sterl.):

	von Gesammtreserve	Baarvorrath	Notenumlauf
1879	22,375—10,306	35,694—27,425	32,782—27,235
1878	13,402— 8,517	27,453—21,683	33,111—26,329
1877	14,705— 9,431	28,214—22,279	29,078—26,415

	Portefeuille	Privatguthaben
1879	29,119—16,932	33,676—27,717
1878	27,906—17,333	28,311—19,907
1877	23,776—17,054	28,385—19,629

Es ergiebt sich aus obiger Zusammenstellung, daß die Gesammtreserve in deren Maximum weit die Vorjahre überragte und auch das Minimum höher ausfiel. Ferner hielt sich der Baarvorrath wesentlich höher, trotzdem von Ende September an Gold in großen Beträgen abfloß, der Notenumlauf zeigt keine bedeutenden Schwankungen und nahm vom 6. November graduell ab. Der höchste Stand des Portefeuille fiel auf den 2. Januar. Wird von diesem Datum abgesehen, dann stellt sich sein Maximum auf nur 28,151,000 Pfd. Sterl. am 16. Januar. Von da an geht der Umfang des Wechselbestandes immer mehr zurück. Das Privatguthaben übersteigt um einen bedeutenden Betrag im höchsten und niedrigsten Stand des Vorjahres.

Die Börsenspekulation, welche noch am Schlusse des Vorjahres einen gewaltigen Anlauf nahm und mit ihren hohen Reports den Geldmarkt stark beanspruchte, hat, wie die Situation der Reichsbank und das Verhalten des offenen Geldmarktes bekundet, bis jetzt nur eine kleine Bresche in die Plethora der letzteren gelegt. Wird diese aber auch ferner Stand halten, wenn in Wirklichkeit die Produktion und der allgemeine Verkehr sich ausdehnt, die Preise sich erhöhen und damit das Kreditbedürfniß steigt; wenn neben den Forderungen, welche die kreditsuchenden Staaten jetzt schon zu stellen beginnen, die weit angelegten Straßen- und Bahnprojekte Frankreichs, die Sekundärbahn- und Kanalprojekte Deutschlands zur Ausführung kommen, und wenn endlich das Spekulationsfieber andauert und in fortgesetzter Treiberei der Kurse oder gar in Neu-Gründungen den Bedarf an Kapital steigert? Wir glauben diese Frage ohne Bedenken verneinen zu dürfen und möchten schon in dem Status der Reichsbank vom 31. Dezember den Beginn einer Wendung erblicken.

Deutschland.

+ **Berlin**, 14. Januar. [Zur Abänderung der Reichsverfassung. Sekundärbahnwesen.] Es ist nicht gerade ein erbauliches Zeichen von der Behandlung der politischen Dinge in Deutschland, daß es erst der offiziösen Korrespondenzen bedurft hat, um die wahre Bedeutung des für den Reichstag in Aussicht stehenden Gesetzentwurfs betreffs der Abänderung der Reichsverfassung an's Licht zu bringen. Immerhin ist es sehr dankenswerth, daß die Regierung von vornherein mit voller Offenheit ihren eigentlichen Zweck zu erkennen gegeben hat. Nicht die Einführung zweijähriger Etatsperioden ist die Hauptsache, sondern es handelt sich darum, daß Reichstag und Landtag überhaupt nur ein um das andere Jahr tagen sollen. Damit ist zum mindesten für jene Liberalen, welche den fraglichen Gesetzentwurf für diskutabel hielten, die Angelegenheit auf einen ganz andern Boden gestellt. Denn ihr einziges Argument gegen die Befürchtung einer erheblichen Abschwächung des Einflusses der Volksvertretung war ja dieses, daß in den Jahren ohne Budgetberathung die **Beschwerden** und Anregungen, welche sonst an diese Berathung angeknüpft zu werden pflegen, durch Interpellationen, Petitionen, besondere Gesetzentwürfe geltend gemacht werden könnten. Grade deswegen aber haben wir von Anfang an hervorgehoben, daß das Vorgehen der Regierung nur den Sinn haben könne, den Reichstag, statt, wie es die Verfassung vorschreibt, alljährlich, nur alle zwei Jahre zu berufen. Jetzt ist dies vollauf bestätigt. Ueber die Wirkung, welche die Neuerung auf den Einfluß der parlamentarischen Körperschaften üben müßte, kann demnach kein Zweifel mehr sein. Die Aufgabe und der Werth einer Volksvertretung besteht neben der Theilnahme an der Gesetzgebung hauptsächlich in der Kontrole der Verwaltung. Wird nun der Volksvertretung, statt alljährlich, nur alle zwei Jahre das Wort behufs Geltendmachung ihrer Beschwerden u. s. w. gegeben, so ist dadurch die Wirksamkeit und der Werth dieser Kontrole einfach auf die Hälfte eingeschränkt. Daran ist schlechterdings nichts zu deuteln, es steht unumstößlich fest. Die Offiziösen geben zu bedenken, daß bei der geplanten Einrichtung des Alternirens von Reichstag und Landtagen die parlamentarische Maschinerie ja doch in keinem Jahre stillstehe, und sie scheinen zu meinen, das deutsche Volk könnte sich damit recht wohl zufrieden geben. Das ließe sich hören, wenn etwa Wünsche und Beschwerden, die in das Gebiet des Reichstags fallen, in wirksamer Weise auch in den Einzellandtagen vorgebracht werden könnten, und umgekehrt. Aber die beiderseitigen Kompetenzen sind scharf gegeneinander abgegrenzt und eine Verwischung dieser Grenzlinie wird im Interesse einer normalen Entwickelung des Reichs auch ferner sorgfältig vermieden werden müssen. Trotz des sozusagen permanenten Fortarbeitens der parlamentarischen Maschinerie würde also die Wirkung der alternirenden zweijährigen Berufung sein, daß in dem den Landtagen gewidmeten Jahre die Abstellung eines Verwaltungs-Uebelstandes im Reich, welche sonst sofort hätte herbeigeführt werden können, auf das nächste Jahr verschoben bliebe, und umgekehrt. — Und warum nun eine derartige sonnenklare Abschwächung des Einflusses unserer Volksvertretungen? Die gouvernementale Presse belehrt uns, das Uebermaß der parlamentarischen Geschäfte in Deutschland erheische dringend eine Verminderung. Richtig ist, daß die Theilung der Gesetzgebungsarbeit zwischen Reichstag und Landtagen die parlamentarischen Geschäfte unbequem in die Länge zieht. Das ist aber das unausweichliche Korrelat der sogenannten Organisation unseres nationalen Staatswesens. Außerdem hat das Uebergangsstadium nach dem ungeheuren Umschwunge von 1866 und 1870 unsere Gesetzgebung in außergewöhnlichem Grade belastet. Trotzdem sehen wir nicht, daß die Zeit, welche in Deutschland im Ganzen auf parlamentarische Berathungen verwendet wird, von dem Maße der in England, in Frankreich, in Oesterreich zu dem gleichen Zwecke gebrauchten Zeit erheblich abwiche. Und wo bei uns die wahre Ursache der Verschleppung der Verhandlungen liegt, haben die Leistungen der Zentrumspartei in der neulichen Archivdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses wieder einmal recht klar gezeigt. Dagegen ist schlechterdings nicht zu erwarten, daß an dem Gesammtaufwande von Zeit auch nur das Geringste erspart werden würde, wenn in Zukunft diesmal der Reichstag, das nächste Mal die Landtage die ganze parlamentarische Saison des Jahres für sich allein in Anspruch zu nehmen hätten. Der Gewinn würde lediglich auf Seiten der Regierungen sein, insofern, als das eine Jahr die Reichsregierung, das andere Jahr die Landesregierungen von dem lästigen Dreinreden der Volksvertretungen ganz befreit wären. Vom Standpunkte der Regierungen aus begreift sich demnach, daß man die geplante Neuerung für sehr erwünscht hält. Neugierig aber sind wir, wer die gleiche Anschauung aus der Mitte des Volkes nachweisen wird. — Die gestern mitgetheilte Resolution, nach der vorzugsweise Sekundärbahnen subventionirt werden sollen, die **nicht von Aktiengesellschaften**, sondern **von Kommunalverbänden** in Aussicht genommen sind und die **Betheilung** des Staats nur ausnahmsweise in der Uebernahme von Aktien bestehen soll, geht, wie uns nachträglich berichtigend mitgetheilt wird, nicht von der Eisenbahn-Kommission aus, ist vielmehr lediglich vorgeschlagen von einem der Referenten, Abg. v. Hammerstein; der andere Referent, Abg. Kalle, ist derselben nicht beigetreten, und eine Berathung darüber in der Kommission hat überhaupt noch nicht stattgefunden.

□ **Berlin**, 14. Januar. (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Aus dem Abgeordnetenhause. Abg. Tiedemann. Mandatsniederlegung des Abg. Hoffmann.] Daß die erste Berathung der neuen Organisationsgesetze im Abgeordnetenhause mehr als zwei Tage erfordern würde, hätte man kaum gedacht. Trotzdem die Reden des heutigen zweiten Tages wieder eine Menge sachlichen Stoffs zur Information der zu wählenden Kommission beibrachten, sind in dieser schwierigen Materie noch keineswegs alle Parteien und alle hauptsächlichen Richtungen innerhalb der größeren Parteien zu Wort gekommen. Die Konservativen freilich, denen von den 9 bisherigen Rednern deren vier angehörten, könnten abgefunden sein. Von den Klerikalen hat ein Westfale v. Heereman und ein Hannoveraner Windthorst gesprochen; es ist schon angekündigt, daß auch ein Angehöriger der in erster Linie betheiligten Kreisordnungsprovinzen (Herr v. Huene) reden soll. Von den Nationalliberalen müßte doch außer ihrem hannoverschen ersten Führer v. Bennigsen doch mindestens Rickert zu Wort kommen, der ein eifriger Mitarbeiter an den bisherigen Selbstverwaltungs-Gesetzen in den Kommissionen gewesen und mit der praktischen Ausführung derselben in den alten Provinzen vertraut ist und überdies als Führer der kleinen Linken seiner Fraktion zu betrachten ist. Ob von den Freikonservativen außer v. Zedlitz und von der Fortschrittspartei außer Richter noch ein Redner zu Wort kommen werde, ist zweifelhaft. Jedenfalls werden in diesen beiden Fraktionen wesentliche Meinungsverschiedenheiten über diese Vorlagen kaum existiren. Aber auch ein Pole wird zu Wort zulassen sein. Der Minister Graf Eulenburg II. hielt seine eingehende, recht geschickte Vertheidigungsrede mit vollem Vorbedacht erst, nachdem Richter, der nicht blos entschiedenste, sondern auch wohl durch klare Darlegung der sachlichen Bedenken gefährlichste Gegner seiner Arbeiten länger als 1½ Stunden das Haus gefesselt hatte. Während beider Reden war der wegen seines Eifers für Fortführung der Verwaltungsreform seiner Zeit aus dem Amte geschiedene Minister Graf Eulenburg I. in der Diplomatenloge als Zuhörer anwesend. Die Aussichten für eine Nachsession des Landtags sind noch nicht beseitigt. Denn nachdem der Minister auf Richters bestimmte runde Frage erklärt hat, daß er vorläufig auf eine Durchberathung der Gesetze den größten Werth lege erst erst nach wenigen Berathungen in der Kommission werde übersehen können, ob Aussicht auf Erfolg vorhanden sei und in diesem Falle auf die nur mit Zustimmung des Hauses mögliche Nachsession bestehen werde, so wird man vor Allem die Kommissionsberathungen abzuwarten haben. Für jetzt scheint es, als habe der Minister die von Bennigsen gestern und von Windthorst heute lebhaft bekämpften Vorschläge zur Beseitigung der hannoverschen Landdrosteien nur als Kompromißprojekte hingestellt, um die so einflußreichen Stimmen der Klerikalen und nationalliberalen hannoverschen Führer zu gewinnen. Die Politik der Fortschrittspartei in diesen Fragen war von Richter hinreichend klargelegt, als daß der konservative v. Wedell-Riesdorf berechtigt gewesen wäre, den landläufigen verbrauchten Vorwurf zu erheben, als wolle sie „an den Werken der Gesetzgebung nicht mitarbeiten“. Der Regierung und den Konservativen ihre Absicht durch Striken zu erleichtern, liegt ganz außerhalb ihrer Intentionen; im Ge-

Stadttheater.

Posen, 15. Januar.

Die gestrige Vorführung des „Fidelio“ brachte nach nun bald zwei Jahren die erste Wiederholung dieses Meisterwerks. Die Schaar derer, die dem Rufe gefolgt waren, war nicht allzugroß, sie gestaltete sich, durch die Kluft des ersten Ranges getrennt, unten und oben zu einem Auditorium, das der Vorstellung mit reger Theilnahme folgte und es nicht bereut haben dürfte.

Wenn unsere Meisterwerke nicht auf einzelne sporadisch zerstreute große Bühnen angewiesen bleiben sollen, wenn die vorgestimmte Empfänglichkeit für dieselbe eine weitverbreitete ist und wenn die Möglichkeit geboten wird, in bescheidenerem Rahmen einer wärmenden Wiederbelebung theilhaftig zu werden, dann ist denjenigen Dank zu zollen, die dies ermöglicht haben und durch ihre Hingabe an die Sache es gefördert haben, daß ein Hauptwerk der nationalen Kunst unter uns neue Wurzeln schlage.

Das ist es, was man in erster Linie der gestrigen Vorstellung vorausschicken möchte. Und sie war in ihrem gesammten Verlaufe recht gut und befriedigend diese Vorstellung und der lebhafte Beifall, der ihr fast fortlaufend entgegengebracht wurde, mag seine erwünschte Breite durch seine tiefere Regsamkeit ersetzt haben.

Was vermöchten einzelne kleine Einwendungen gegen das reichlich gebotene Gute, Schöne und Wirksame, welches der Aufführung schrittweise das Geleit gab und alle günstigen Erwartungen, die man der Vorstellung entgegengetragen, rechtfertigten?

Frl. Bondi unterstützte als Fidelio in erster Reihe der weite Umfang ihres Stimmregisters und ein wirkungsvolles dramatisches Spiel, Herr Bendt als Rocco schuf ein Bild des weichherzigen Kerkermeisters, dem alle charakteristischen Züge des Komponisten anhafteten, Herr Grobe als Florestan stattete mit seinem der elegischen Grundstimmung so naheverwandten, klangvollen Organe die erste große Leidensarie mit jenem schmerzlich-süßen Kolorit aus und Frl. Dähne und Herr Jüchtzer als Marcelline und Jacquino fügten dem ernsten Tongemälde die kleineren harmloseren Episoden bei. Herr Watzlawik fand in der nicht gerade dankbaren Partie des Pizarro Gelegenheit, die Wucht seines Organs zu bezeigen, und Herr Poor als Minister Fernando wand sich mit Geschick durch die tieferen Lagen seiner Rolle hindurch.

Von schöner erwärmender Wirkung waren die Soli „Ich habe Muth“ (Fidelio), „Hat man nicht auch Geld daneben“ (Rocco), „Ach wär' ich schon mit dir vereint“ (Mercelline) und die schon erwähnte Arie Florestans „In des Lebens Frühlingstagen“.

Ferner muß der Ensembles erwähnt werden, des prächtigen ersten Quartetts, des sich anreihenden ersten Terzetts („Wir werden glücklich sein“), des Terzetts im Kerker (Rocco, Fidelio, Florestan) „Euch werde Lohn in bessern Welten“, und des Duetts zwischen Fidelio und Florestan „O namenlose Freude“. Ueberhaupt war die ganze Scene im Kerker reich an schönen packenden Momenten, die öfters zu lebhaftem Beifall herausforderten.

Den schönen Abend krönte schließlich noch das Schlußsextett mit Chor.

Der Chor der Gefangenen litt bei aller Sorgfalt, die ihm von der Bühne aus, und etwas schüchterner und verhallender von der Scene her zu Theil wurde, in erster Linie an der geringen Zahl der Stimmen selbst (sieben Köpfe stark, worunter ein Tenor).

Wir lasen kürzlich, daß bei einer Vorführung des Fidelio in Leipzig Mitglieder dortiger Gesangvereine freiwillig zu einer würdigen Repräsentation dieser Prachtchöre beigetragen haben; sollte etwas Aehnliches bei uns nicht auch sich ermöglichen lassen?

In bei deutschen Bühnen nun schon fast gewohnter Weise (zuerst that es im Jahre 1841 der Kapellmeister Otto Nikolai in Wien) wurde vor dem zweiten Akte die 3. Leonorenouverture gespielt, während die sogenannte 4. in E-dur (Beethoven hat bekanntlich mit der Zeit 4 Ouverturen zu Fidelio geschrieben) die Vorstellung eröffnete.

Das Orchester löste seine schwierige Aufgabe mit stellenweise überraschender Präzision, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß anderweitig Manches darauf deutete, einige weitere Proben würden einer baldigen Wiederholung der Oper zu noch wachsendem Erfolge verhelfen.

th.

Wohlthätigkeitsvorstellung des Vereins junger Kaufleute.

Posen, 15. Januar.

„Denn Bank an Bank gedränget sitzen,
Es brechen fast der Bühne Stützen“ rc. rc.

Das war der Anblick, den am gestrigen Abend der große Lambert'sche Saal bot. Wenn es gilt, die Noth unserer Nebenmenschen zu lindern, zeigt es sich auf's Schönste, daß unser Publikum ein warm fühlendes Herz besitzt, denn noch nie haben wir jenen Saalraum so überfüllt gesehen, wie bei der Wohlthätigkeitsvorstellung des Vereins junger Kaufleute, die vielleicht von 1000 Personen besucht war. In der That war aber auch das, was der strebsame Verein an dem Abend bot, so sinnreich und ansprechend, daß das Wohlthun in dem reichhaltig vorgeführten Schönen ein entsprechendes Aequivalent fand. Die geschmackvollen, mit hübschen Zeichnungen ausgestatteten Programme, die von jungen Damen an der Eingangsthür dargeboten und allerseits gegen reichliche Spende entgegengenommen wurden, kündeten die Rezitation von Alfred Tennyson's epischem Gedicht „Enoch Arden“ nebst Darstellungen von lebenden Bildern, sowie die Aufführung der Suppé'schen komischen Oper „Das Pensionat“ an. Die Feier wurde durch einen auf den Zweck des Abends bezüglichen, recht ansprechenden Prolog inaugurirt, welcher von dem Vorstandsmitgliede Herrn H. M. verfaßt worden ist und von einem anderen Vorstandsmitgliede mit wohltönender Stimme vorgetragen, folgendermaßen lautete:

Gebeugten Haupt's, gehüllt in tiefe Trauer,
Ergriffen von der Menschen Noth und Leid,
Steht sie vor uns, erregend heil'gen Schauer,
Die hohe Göttin der Barmherzigkeit.

gentheil wird sie nach Kräften das Gute, was die jetzt geltenden Gesetze haben, zn vertheidigen suchen gegen diese immerhin vorübergehende konservative Mehrheit. Zu vertheidigen wird namentlich sein die Selbstständigkeit des Bezirksverwaltungsgerichts, welche auch Bennigsen drangeben würde. Wenn schon der konservative Bezirksverwaltungsgerichts-Direktor v. Liebermann in diesem Punkte gegen seine eigenen Fraktionsgenossen stimmt, so liegt doch hier die Ensscheidung bei dem Gros der Nationalliberalen. Unangenehm war dem Minister Grafen Eulenburg, von den beiden neuesten Leistungen der Selbstverwaltung-Landräthe im Kreise Niederbarnim und Glogau zu hören. Wie der glogauer Landrath auf seinem Kreistage den Vertreter der Stadt Glogau behandelt, — wenn auch nicht ganz so schlimm, als der Hofprediger nannte Richter einen Sermon — das ist ein ganz treffliches Beispiel, was den Städten über 10,000 Einwohner bevorsteht, wenn sie nach der Absicht der Geesetzesvorlagen wieder unter des Landraths Aufsicht kommen. In der liberalen Presse liest man über die Maßregelung der „Posener Zeitung“ eine Reihe von Ausführungen, die von der Voraussetzung ausgehen, daß neulich im Abgeordnetenhause auf die Bemerkung Richter's, vermuthlich stehe mit der Gründung des konservativen „Posener Tageblatts“ der Reptilienfonds in Beziehung, eine dieser Vermuthung widersprechende Erklärung der dem Reichskanzler nahe stehende Abgeordnete Geheime Ober-Regierungsrath Tiedemann abgegeben habe. Dies ist ein Irrthum: der Abgeordnete, der sich als einer der Gründer der neuen konservativen Zeitung vorstellte, war der Abg. v. Tiedemann, der in dem 4. posenschen Wahlkreise Bomst-Meseritz an Stelle des Ministers a. D. Friedenthal gewählt ist. Des Reichskanzlers Christof Willars Tiedemann, 1836 zu Schleswig geboren, ist nicht von Adel. — Der Amtsgerichtsrath (früher Stadtgerichtsrath) Hoffmann zu Berlin hat aus Gesundheitsrücksichten (er hat sich als Offizier aus den Feldzügen ein chronisches Leiden heimgebracht) sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt. Von 1874 bis 1878 vertrat er das Fürstenthum Rudolstadt. Als bei den Wahlen von 1878 die reaktionäre Strömung seine dortige Wiederwahl zweifelhaft machte, verzichtete er, um den Wahlkreis den liberalen Parteien zu retten, auf eine Kandidatur zu Gunsten des nationalliberalen Landtagspräsidenten Knoch, der dann auch in hartem Wahlkampfe gewählt wurde. Der zweite berliner Reichstagswahlkreis, der durch die Doppelwahl des Kreisgerichtsraths Klotz, welcher in dem den Sozialdemokraten entrissenen sechsten berliner Wahlkreise annahm, ein fortschrittliches Mandat zu vergeben hatte, wählte in der Nachwahl Hoffmann zu seinem Vertreter. Hoffmann, als tüchtiger Jurist, namentlich in der Petitionskommission sehr geschätzt, ist in weitesten Kreisen durch den Antrag Hoffmann, früher Antrag Hoverbeck, bekannt geworden. Der Antrag, durch die Verhaftung Majunke's veranlaßt, bezweckte die Sicherstellung der Reichstagsabgeordneten gegen Verhuftung, er gilt als Hoverbeck's Vermächtniß an die deutsche Fortschrittspartei.

— [Ein Gerücht über ein neues Attentat auf den Kaiser von Rußland] war am 14. in Berlin verbreitet. Von Börsenmännern wurde der wachthabende Offizier in der Neuen Wache mit der Bitte bestürmt, im Palais des Kaisers Nachfrage halten zu lassen. Derselbe gab den B[illegible]ten nach. Aber die Anfrage ergab die völlige Grundlosigkeit des alarmirenden Gerüchtes. Im Palais des Kaisers war den ganzen Tag über lebhafte Nachfrage von Theilnahmsvollen und Wißbegierigen, der man bereitwillig in beruhigender Weise Rechnung trug. Ebenso wurden im russischen Botschaftshotel vielfache Nachfragen gehalten.

— [In Angelegenheit des französischen Botschafterpostens] in Berlin werden tagtäglich die verschiedensten Mittheilungen laut. Der „Kreuz-Ztg.“ wird jetzt von authentischer Seite mitgetheilt, daß über diese Frage bisher durchaus noch nichts Definitives entschieden sei. Es stehe noch nicht einmal fest, ob der bisherige Botschafter Frankreichs, Graf St. Vallier, auf seine Entlassung beharren oder ob er die jetzige provisorische Führung der Botschaftsgeschäfte wieder definitiv übernehmen werde. Es hänge dies eben von verschiedenen anderen Fragen ab, die zur Zeit noch nicht geregelt seien. Ganz unrichtig aber sei es, daß Challemel Lacour bereits zum Nachfolger St. Vallier's auf dem hiesigen Botschafterposten ernannt wäre, und daß auf eine desfallsige Anfrage an maßgebender Stelle die Antwort ertheilt worden sei, daß Challemel Lacour hier eine persona grata sein würde. Eine solche Anfrage sei, nach besten Informationen des genannten Blattes, überhaupt noch nicht geschehen. Daß man übrigens hier in allen Kreisen das Scheiden des bisherigen Vertreters Frankreichs sehr bedauern würde, dafür dürfte unter Anderm auch die Thatsache sprechen, daß nach dem Bekanntwerden des Demissionsgesuches des Grafen St. Vallier eine sehr große Anzahl Offiziere der hiesigen wie der potsdamer Garnison ihre Karten im Botschaftshotel abgaben.

— [Die hiesige Akademie der Wissenschaften] hält eine ihrer drei statutenmäßigen öffentlichen Sitzungen, die zum Andenken an ihren Wiederhersteller, König Friedrich den Großen, am 29. d. M., da die öffentlichen Sitzungen der Gesammtakademie stets an Donnerstagen stattfinden, der Jahrestag der Geburt dieses Königs (24. Januar) an einem Sonnabend ist und die Feier an dem darauffolgenden Donnerstag begangen wird.

— [Das am nächsten Sonntag zu feiernde Ordensfest] — das erste vor 70 Jahren, das einzige unter Theilnahme der Königin Luise gefeierte, die am 19. Juli desselben Jahres das Zeitliche segnete, fiel auch auf einen Sonntag — wird in der gewöhnlichen Weise gefeiert. Die in Berlin anwesenden neu zu Dekorirenden nebst den in Berlin ansässigen Personen, welche seit dem vorjährigen Ordensfeste Orden und Ehrenzeichen erhalten haben, werden zur Hoftafel geladen, zu welcher auch die hohen und höheren Würdenträger vom Civil und Militär Einladungen erhalten. Der Festtafel geht der übliche Gottesdienst in der Schloßkapelle voran.

— [Gehaltsfragen.] Man schreibt der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin: Die für den Staatssekretär des Auswärtigen Amts beantragte Gehaltszulage von 24,000 M. erklärt die Verzögerung in Neubesetzung des durch den Tod des Staatsministers v. Bülow erledigten Postens. Der bisherige Inhaber der Stelle gehörte zur gut situirten Minderheit der Menschen, und wennschon er bei seinen geringen Ansprüchen an das Leben mit seinem Gehalt nicht ausgekommen ist — er gab nur selten kleinere Gesellschaften —, so erklärt sich die Unzulänglichkeit eines Gehalts von 36,000 M. für den Statssekretär des Auswärtigen ohne Weiteres. Mehr noch wie die Staatsminister sind unsere Botschafter genöthigt, große Summen zuzusetzen, da ihr Gehalt gerade nur zur Deckung der nothwendigsten Ausgaben ausreicht. Bei freier Dienstwohnung bezieht der Botschafter in Konstantinopel 120,000 M.; in gleichem Gehalt stehen die Botschafter in Paris und Wien. Die Botschafter in London und Petersburg beziehen 150,000 M. und der Botschafter in Rom erhält 100,000 M. Wer als Diplomat in London, Petersburg und Paris mit den Botschaftern anderer Reiche rivalisiren will, der hat jährlich nebenher ein ansehnliches Privatvermögen auszugeben. Aus diesem Grunde ist die Besetzung der höchsten diplomatischen Stellen außerordentlich schwierig, denn der Bewerber sind nur wenige, und unter den Wenigen müssen zugleich politische Kapazitäten sein. Wenn der Reichskanzler durchsetzt, daß Herrn v. Bülow's Nachfolger 60,000 M. erhält, so steht sich finanziell der Staats-Sekretär des Auswärtigen um 6000 M. besser als der Reichskanzler. Die beantragte Gehaltserhöhung macht wegen ihrer Höhe Aufsehen, und doch ist sie erklärlich genug, denn grade das Staatssekretariat gebührt einem der Tüchtigsten, und ist der recht Tüchtige nicht zugleich wohlhabend, auch nicht geneigt, sein eigenes Vermögen zu Gunsten des Dienstes zu verringern, so kann das Auswärtige Amt bei jeder eintretenden Vakanz in eine gelinde Verzweiflung gerathen.

— [Ersparnisse der Militärverwaltung.] Die so bestimmt für dieses Jahr angekündigte Steigerung der deutschen Wehrmacht durch Verstärkung der Feldartillerie, Errichtung neuer Regimenter zur definitiven Aufstellung des 15. Armee-Corps ꝛc. darf jetzt wohl auf ein Jahr wenigstens als vertagt angesehen werden. Alle bisherigen Mittheilungen stimmten darin überein, daß der bisherige Militäretat im Ordinarium nur eine Mehrforderung von 3 bis 5 Millionen beanspruchen werde, welcher allein durch die Steigerung der Fouragepreise bedingt ist. Neu und erwartet erscheint dagegen die Mittheilung, daß dieser Mehrforderung für den nächstjährigen Militäretat eine Ersparniß aus dem vorletzten Etat gegenübersteht, welche in ihrem Betrage jene Mehrforderung um einige Millionen überragt. Diese Mittheilung erfolgt von so unmittelbarer Stelle, daß an der Existenz des außergewöhnlichen Faktums ein Zweifel kaum gestattet ist. Wie der „Reichs-Anzeiger“ und nach ihm die „Allg. Milit.-Ztg.“ berichten, hat sich bei dem Rechnungsabschluß der Ergebnisse des Reichshaushaltsetats pro 1878/1879 für die Verwaltung des Reichsheeres während dieser Etatsperiode allein bei Beschaffung des Naturalienbedarfs der Armee eine Ersparniß von 7,412,000 Mk. herausgestellt, wobei überdies die bei anderen Etatstiteln eingetretenen Mehrbedürfnisse und Ueberschreitungen schon in Abzug gebracht sind. Der Anlaß dazu wird dahin angegeben, daß die Naturalienpreise, welche bei Aufstellung des Etats als maßgebend angenommen worden sind, sich im Verlaufe jenes Jahres bedeutend niedriger gestellt haben. Nächstdem aber hat sich noch bei dem allgemeinen Pensionsfonds eine zweite Ersparniß von 71,000 Mk. ausgewiesen, und ist andererseits noch der Ansatz für die eigenen Einnahme der Militär-Verwaltung um einen Mehrbetrag von 370,000 Mk. überschritten worden, so daß also der Gesammtbetrag, der sich als Ersparniß und Ueberschuß dieses merkwürdigen Etatsjahres ergiebt, nicht weniger als 7,853,000 Mk. oder nahezu drei, resp. vier Millionen mehr als die für das nächste Etatsjahr in Aussicht gestellte Mehrforderung betragen würde. Eine so bedeutende Rückerstattung aus dem Militäretat steht dergestalt als Unikum da, daß sich fast unwillkürlich ein gewisses Mißtrauen und die Befürchtung einer entsprechenden Rückleistung daran knüpfen. Nach Allem, was bisher verlautet, würde jedoch, wie die „Trib.“ schreibt, auch das Extraordinarium des nächstjährigen Militär-Etats (außer dem Anspruch zur Beschaffung eines neuen Artillerieschießplatzes in Ostpreußen) keine größeren Neuforderungen enthalten, und es bleibt nach der vorläufigen Vertagung aller anderen größeren Militärforderungen nur noch die Kasernirungsfrage übrig, welche vielleicht in der nächsten Sesston des Reichstags wieder zur Verhandlung gestellt werden könnte.

— [In Betreff der Wiederaufnahme der Kasernirungsfrage] wird diesmal ein Hauptgewicht auf die Zusammenlegung der Kavallerieregimenter im Regimentsverband und eine darauf abzielende Kasernirung derselben gelegt. Der Sachverhalt stellt sich dabei dahin, daß von 93 deutschen Kavallerieregimentern sich zur Zeit noch 49 zum Theil eskadronsweise in verschiedenen Garnisonen, und zwar namentlich in den östlichen preußischen Provinzen, meist in ganz kleine Landstädtchen verlegt, befinden. Zum ungünstigsten stellt sich hierfür das Verhältniß beim 5. Armeekorps, dessen sämmtliche 5 Kavallerieregi-

---

Sie mahnet an des Lebens kurze Dauer,
Es fühlt der Mensch dem Größten sich geweiht:
Vergessen ist des Tages Last und Bürde,
Sein Geist, er strebt zur höchsten Menschenwürde.

Es zeigt die Göttin uns ein ernstes Mahnen,
Des wahren Lebens hohe heil'ge Pflicht;
In dieser Pflicht erfaßt uns dunkles Ahnen:
Es ist der Mensch sich selbst das Höchste nicht.
Wir fühlen's wohl auf uns'ren Lebensbahnen,
Wie oft an Glück es uns im Glück gebricht;
Nur Glück genießt, wer And're kann beglücken
Und hülfreich ist im Kampf mit den Geschicken.

Im harten Kampfe soll die Menschheit ringen,
Abzwingend den Gewalten die Kultur,
Bis einst das letzte Ziel ihr wird gelingen,
Zu heben alle Schätze der Natur;
Dann gilt das Leben werth auch dem Geringen,
Es weicht die Noth, des Elends letzte Spur,
Und siegreich naht ein besseres Jahrhundert,
Auf uns're Zeit dann blickt die Welt verwundert.

Schon helfend reicht die Hand in allen Breiten
Ein Volk dem Andern, wenn erschallt der Ruf;
Das ist das Große uns'rer großen Zeiten,
Daß wahre Menschenliebe sie erschuf;
Daß wahre Menschenliebe sie erschuf;
Schon hört der Mensch die Liebesglocken läuten
Und fühlt als Priester selber den Beruf,
Des Nächsten traurig' Schicksal zu beenden,
Vor dem Altar der Liebe fromm zu spenden.

Drum, wem der Erde Güter sind gegeben,
Erhöre Hülfe rufendes Gebet
Und Hülfe bringend dem erstarrten Leben,
Sei er ein Priester der Humanität.
Erkennen soll der Mensch in seinem Streben,
Daß er zur Gottheit würdig sich erhöht,
Fühlt er im Herzen treulich sich berufen,
Mit Kraft zu schützen, was die Götter schufen.

Und was geschaffen, heute gilt's zu pflegen,
Zu lindern uns'rer Brüder große Noth;
Denn die Natur versagte ihren Segen,
Es gab die Erde nicht das täglich Brod;
Und gleich dem Schiffer auf verlass'nen Wegen
Sucht manches Auge stumm ein rettend Boot
Und jetzt zu retten gilt's die Armen, Braven,
Sie zu geleiten in des Lebens Hafen.

So mag, des Herzens Regung zu entfalten,
Uns hülfreich sein die mächt'ge edle Kunst;
Die hier erscheinen, freundliche Gestalten,
Gar schüchtern werben sie um Eure Gunst,
Nun aber soll die hohe Göttin walten,
Sie spricht zu Euch durch uns're heit're Kunst:
In Eurem Herzen wohne stets Erbarmen
Wo Lust und Freude weilet, — denkt der Armen!

Alfred Tennyson's episches Gedicht „Enoch Arden“, welches hierauf zum Vortrag und in seinen Hauptepisoden zur bildlichen Darstellung gelangte, schien in seiner schlichten Einfachheit und ergreifenden Wirkung wohl besonders geeignet, den ernsteren Hintergrund, den der Abend hatte, durchblicken zu lassen. Die Rezitation hatte ein als Vorleser bewährter hiesiger Dilettant, Herr P., übernommen und er löste seine Aufgabe mit anerkennenswerther Kraft und Empfindung, während zugleich die Darstellung der lebenden Bilder geschmackvoll arrangirt war. So zog in schnellem Fluge die Jugend des Seemanns Enoch Arden, sein Liebeswerben um Anna, sein heimisches Glück, sein Abschied bei der Seefahrt, Anna's langjähriges vergebliches Warten, ihre zweite Vermählung mit dem Jugendgespielen Philipp und Enoch Ardens endliche Heimkehr, sowie seine Entsagung und sein vereinsamter Tod in rührenden Bildern an den Zuschauern vorüber. Dem Arrangement gebührt alle Anerkennung; am geschmackvollsten wohl präsentirte sich die Darstellung des ersten Bildes, welches den Streit der Knaben Enoch und Philipp um Anna zur Anschauung brachte, ferner der Abschied Enochs von seinem Weibe, sowie das trauliche Familienbild in Philipps Heim. Reicher Beifall belohnte die Mitwirkenden, unter denen besonders die Figur Annas vortheilhaft hervortrat.

Der ernsten Muse folgte die heitere. Die Aufführung der Suppé'schen Operette „Das Pensionat“ war überraschend durch die Sicherheit und die schönen Stimmmittel der Mitwirkenden. Der Chor der jungen Pensionsdamen trat mit so neckischem Uebermuth und solcher Gewandtheit auf, wie man sie auf mancher Bühne vergebens suchen würde. Die Darstellerin der Helene, sowie die Vertreter des Karl und seines Dieners Florian ließen uns für einen Moment fast vergessen, daß wir einer Dilettantenvorstellung beiwohnten. Man merkte der ganzen, recht gelungenen Aufführung an, daß die Einstudirung mit vieler Sorgfalt und Mühe vor sich gegangen war.

Der Zweck des Abends kann in jeder Beziehung als aufs Schönste erfüllt betrachtet werden, da, wie wir hören, das materielle Reinergebniß sich allein auf 1000 M. beläuft. Wenn es erlaubt ist, etwas an dem Abend auszusetzen, so ist es der Umstand, daß sich die Zeit etwas zu sehr in die Länge zog. Wäre es indeß nicht vielleicht angebracht, durch eine Wiederholung der so gelungenen Vorstellung auch dem außerhalb des Vereins stehenden Publikum Gelegenheit zur Bethätigung seines Wohlthätigkeitssinns zu geben? Wir glauben, daß ein solches Unternehmen den besten Erfolg haben würde. Dr. P. H.

Aus den Memoiren des Fürsten Metternich.

(Schluß.)

„Denken Sie etwa durch eine Koalition mich niederzuwerfen?“ erwiderte Napoleon. „Wie viel Alliirte seid Ihr denn? Vier, fünf, sechs, zwanzig? Je größer Eure Zahl, desto ruhiger werde ich sein. Ich nehme die Herausforderung an. Aber ich kann Sie versichern,“ fuhr er mit gezwungenem Lächeln fort, „im Oktober sehen wir uns in Wien wieder. Dann wird sich zeigen, was es mit Ihren guten Freunden, den Russen und den Preußen, auf sich hat. Rechnen Sie etwa auf Deutschland? Denken Sie doch an 1809! Die deutschen Bevölkerungen im Zaum zu halten, dazu genügen mir meine Soldaten und für die Treue der Fürsten steht mir die Furcht, welche sie vor Euch haben. Wenn Sie sich neutral erklären und die Neutralität beobachten, dann will ich in Prag unterhandeln. Wollen Sie eine bewaffnete Neutralität? Es sei. Stellen Sie 300,000 Mann in Böhmen auf, und der Kaiser gebe mir sein Wort, daß er mir vor dem Ende der Unterhandlungen nicht den Krieg erklärt; das wird mir genügen.“

„Der Kaiser,“ antwortete ich, „hat den Mächten seine Vermittlung angeboten, nicht die Neutralität. Rußland und Preußen haben seine Vermittlung angenommen. Sie selbst müssen sich nun noch heute erklären. Entweder nehmen Sie meinen Vorschlag an, und wir bestimmen eine Frist für die Dauer der Unterhandlungen, oder Sie lehnen ihn ab, und der Kaiser, mein Herr, erachtet sich dann für frei in seinen weiteren Entschließungen. Die Lage drängt uns; die Armee muß zu essen haben; in einigen Tagen werden 250,000 Mann in Böhmen stehen; sie können dort einige Wochen liegen, aber nicht Monate lang.“

menter in einzelnen Eskadrons zerstreut garnisoniren und in dessen gesammten Korpsbereich nur zwei Kavalleriegarnisonen zu je drei, und drei Garnisonen von je zwei Eskadrons vorhanden sind. Das Gleiche gilt auch von vier der fünf Kavallerieregimenter des 6., und von drei der fünf Kavallerieregimenter des 1. Armeekorps. Die derartige Garnisonirung der preußischen Kavallerie stammt übrigens noch aus den allerersten Anfängen der brandenburgisch-preußischen Heeresbildung und hat seitdem bis zur Reorganisirung der preußischen Armee im Jahre 1808 die Regel gebildet, die sich erst im Laufe dieses Jahrhunderts allmählig in das heutige Verhältniß umgebildet hat, bei welchem jedoch selbst das erste Kavallerieregiment der preußischen Armee, das Regiment der Gardes du Korps, auch gegenwärtig ebenfalls noch in verschiedenen Garnisonen, und dabei für zwei Eskadrons eskadronsweise garnisonirt. Maßgebend für diese Art der Garnisonirung der Kavallerie waren ehedem die durch die Verlegung in kleine Landstädtchen erleichterte Grasnutzung, auf welche zur Ersparung an Körnerfutter die Kavalleriepferde für den Sommer mit angewiesen waren, und die den kleinen Garnisonstädten durch die Garnison gewährte Aufhilfe in ihren Erwerbsverhältnissen. Erwähnung verdient dabei, daß, um sich ihre Garnisonen zu erhalten, viele dieser kleinen Garnisonstädte im Laufe der Zeit große Bauaufwendungen gemacht haben. Auch reicht in einzelnen Fällen, wie bei dem Kürassierregiment Nr. 2 und den Dragonerregimentern Nr. 2 und 3, die Garnisonirung der einzelnen Regimenter in ein- und derselben Garnison resp. in denselben Garnisonen schon bis zu den ersten Dezennien des vorigen Jahrhunderts zurück. Der Dienstbetrieb und die Uebungsaufgaben der Kavallerie haben in neuester Zeit jedoch so tiefgreifende Aenderungen erfahren, daß auf alle die zuvor angeführten Umstände bei der Neugestaltung des Garnisonwesens dieser Waffe sonst unmöglich noch ferner wird eine Rücksicht genommen werden können.

— [Im Etat der Reichsjustizverwaltung] wird eine Mehrausgabe von 200,000 Mark für Einrichtung eines dritten Hülfssenats beim Reichsgericht beantragt. Die Zahl der eingelaufenen Sachen habe schon am 14. Oktober über 2600 betragen.

— [In der Sitzung der Eisenbahn-Kommission] vom 13. d. in welcher der Ministerialdirektor Schneider und die Geh. Räthe Rötger, Raymund, d'Avis, Schröder anwesend waren, standen zur Berathung die durch die Interessenten unter Beihülfe des Staats zu bauenden Linien. Die erste derselben, Alt-Damm — Kolberg, ist 121 Kilometer lang, wird kosten 6,600,000 Mark, wovon der Staat 16, also 1,100,000 M. in Stammaktien resp. Prioritäten übernehmen soll. Da sich aus der Berathung ergiebt, daß das Statut der Gesellschaft einige bedenkliche Punkte enthält, so insbesondere bezüglich des Verhältnisses der Gesellschaft zu einem Unternehmer, der nachher auch den Betrieb auf zehn Jahre führen soll, daß ferner die Kapitalbeschaffung noch nicht genügend nachgewiesen erscheint, wird die Beschlußfassung ausgesetzt, bis die Staatsregierung die nöthige Aufklärung gegeben hat. — Dasselbe Endresultat hat die Verhandlung über das Bahnprojekt Stargard-Küstrin (96 Kilometer, Kapital 6 Millionen, von denen der Staat 1 Million übernehmen soll), wenn auch bei diesem Unternehmen die Bedenken, welche bei dem ersten obwalten, meist fortfallen. Bei der Stargard-Küstriner Bahn ist die Kapitalbeschaffung, wie von einem der Verhältnisse kundigen Mitgliede der Kommission nachgewiesen wird, bis auf einen Betrag von 1,340,000 M. gesichert, der Bau soll nicht von einem General-Entrepreneur, sondern unter Leitung eines tüchtigen Eisenbahntechnikers in eigener Regie ausgeführt, der Betrieb wo möglich alsbald nach Fertigstellung in die Hände des Staats gelegt werden. Die großen Opfer, welche die Provinzen, Kreise und Städte bringen, geben die Garantie, daß Schwindel irgend welcher Art ferngehalten wird.

— [Aus den Berathungen der Unterrichts-Kommission.] In der Sitzung der Unterrichts-Kommission vom 12. d. M. wurde über die Petition eines Lehrers verhandelt, der im Alter von 69 Jahren pensionirt worden. Der Landrath und die Gemeindebehörden rechneten als ihm zustehendes Pensionsdrittel die Summe von 626 M. heraus, die Regierung zu Oppeln stellte jedoch dasselbe nur auf 484 M. fest, indem sie nachwies, daß jene Berechnung eine unrichtige gewesen, da das Baargehalt der Stelle fälschlich so hoch angenommen sei, wie es inkl. der der Stelle zustehenden Naturallieferungen. Demgemäß wurde dem Petenten das ihm gesetzlich zustehende Drittel von 484 M. als Pension zugebilligt. Außerdem bezieht Petent 120 M. aus der schlesischen Pensionskasse, auch sind ihm Unterstützungen aus Zentral- und Regierungsfonds zweimal gewährt worden. Der Petent bittet nun, das Haus solle Erhöhung seines Ruhegehaltes auf 626 M. erwirken. Fast allseitig wird anerkannt, daß der Petent eine höhere Pension nicht zu fordern habe, daß es aber gewiß billig sei, einem Lehrer, der 48 Jahre lang sein Amt treu verwaltet habe, ein Ruhegehalt von mindestens 600 M. zuzugestehen. Da nun im Etat pro 1880/81 weitere 300,000 M. zur Verstärkung der Emeritengehälter eingestellt sind, deren Bewilligung durch die Landesvertretung unzweifelhaft ausgesprochen werden wird, so wurde die Petition der Staatsregierung zur nechmaligen Erwägung überwiesen. — Eine andere Petition beantragte, durch eine Gesetzesnovelle die Zusatzbestimmung zu § 3 des nassauischen Gesetzes über die Beschränkung der Lehrerpension außer Wirksamkeit zu setzen. Da der Minister weiteren Bericht über die Sachlage eingefordert hat, der jedoch nicht eingegangen ist, wurde die Verhandlung auf vierzehn Tage ausgesetzt. Eine Petition dreier schleswig'scher Ortschaften, welche den Unterricht in den dortigen Volksschulen am Sonnabend wieder aufgehoben haben wollen, wurde als nicht geeignet für das Plenum erklärt, weil die Petenten den Instanzenzug nicht innegehalten haben. — Ungefähr 30 Gemeinden aus dem Regierungsbezirk Breslau bitten, das Haus solle darauf wirken, daß noch in dieser Session durch Gesetz die äußeren Verhältnisse der Schulen und ihrer Lehrer geregelt würden, und führen zur Begründung dieses Wunsches schwere Mißstände an. Auf Antrag des Abg. Bergenroth wird die Petition von der Tagesordnung abgesetzt, um unter Zuziehung eines Regierungs-Kommissars, der für jenen Tag nicht erbeten war, von Neuem in die Verhandlung eintreten zu können.

— [Anzeigepflicht bei gemeingefährlichen Krankheiten.] Die „Köln. Ztg." und andere Blätter ließen sich kürzlich aus Berlin schreiben, die frühere Absicht, die Anzeigepflicht bei gemeingefährlichen Krankheiten durch die Reichsgesetzgebung zu regeln, sei allem Anschein nach vorerst aufgegeben, da kürzlich der Oberpräsident der Provinz Brandenburg für letztere jene Pflicht hinsichtlich der Diphteritis eingehend geregelt habe. Hierzu sei zunächst bemerkt, daß auch in anderen Gegenden neuerdings — z. B. für den Regierungsbezirk Arnsberg durch Verordnung vom 1. Dezember v. J. — jene Pflicht gemäß §§ 9, 10 und 36 des Regulativs für ansteckende Krankheiten vom 8. August 1835 geregelt worden ist. Daraus kann jedoch nicht gefolgert werden, daß die Absicht der reichsgesetzlichen Regelung der erwähnten Anzeigepflicht vorerst aufgegeben sei, es soll vielmehr, wie die „Voss. Z." hört, dem Reichstage in der nächsten Session ein diesbezüglicher Gesetzentwurf, der bereits die Genehmigung des Bundesraths erhalten hat, vorgelegt werden, vorausgesetzt, daß es gelingen wird, auch über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der obligatorischen Leichenschau eine Verständigung unter den Bundesregierungen zu erzielen. Der Bundesrath hat nämlich früher mit Rücksicht auf die enge Verbindung, welche zwischen der legislatorischen Regelung der Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten und der Einführung der obligatorischen Leichenschau besteht, beschlossen, daß die beiden über diese Materien handelnden Gesetzesvorlagen dem Reichstage gleichzeitig zu machen seien. Ueber den die Leichenschau betreffenden Gesetzentwurf, welcher im Reichsamte des Innern fertig vorliegt, sollen nächstens anläßlich mehrfacher gegen denselben erhobener Bedenken Berathungen stattfinden. Insbesondere ist die Regelung des Kostenpunktes schwierig.

— [Die diesjährigen Herbstmanöver.] Im Laufe dieses Monats noch werden, wie alljährlich, die Bestimmungen über die großen Herbstübungen ergehen. Dem Vernehmen der „Kreuz-Ztg." nach wird schon in der nächsten Zeit die Entscheidung darüber erfolgen, welche Armee-Corps im Herbst 1880 zu großen Manövern zusammengezogen werden sollen. Von der vor kurzem durch mehrere Zeitungen gegangenen Nachricht, daß man „in den leitenden Kreisen" beabsichtige, „die Kaiser-Manöver nicht mehr alljährlich, sondern in größeren Zwischenräumen" abzuhalten, ist in Kreisen, die davon wissen müßten, nichts bekannt. So weit man hört, sind das Garde-Corps und das 3. Armee-Corps, so wie ferner das 10. Armee-Corps für diesjährige größere Herbstübungen in Aussicht genommen. Wenigstens hat Se. Maj. der Kaiser und König bei dem Neujahrsempfange der Generalität am 1. Januar sich dahin geäußert, daß er die Garden und das 3. Armee-Corps im Herbste, so Gott will, zu größeren Uebungen zu sehen hoffe. Da nun diese beiden Armee-Corps 1875, das 10. Armee-Corps in der Provinz Hannover aber schon 1874 Königs-Manöver gehabt hat, so nimmt man in militärischen Kreisen an, daß im Herbste 1880 außer jenen beiden auch das 10. Armee-Corps von dem obersten Kriegsherrn werde besichtigt werden.

— [Ein statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich] wird demnächst vom kaiserlichen statistischen Amte herausgegeben werden und im Verlage von Puttkammer u. Mühlbrecht in Berlin erscheinen. Dasselbe wird gedrängte Uebersichten aus allen Gebieten der Statistik geben, welche der zusammenfassenden Bearbeitung für das Reich bis jetzt zugänglich sind und sich mithin auf eine größere Anzahl von Gegenständen erstrecken, als im unmittelbaren Geschäftskreise des statistischen Amtes liegen und in dessen beiden Quellen-Werken „Statistik des deutschen Reiches" und „Monatshefte zur Statistik des deutschen Reichs" behandelt werden. Im „Jahrbuch" werden nicht nur die Ergebnisse eines Jahres, sondern, soweit thunlich, längere Jahresreihen mitgetheilt werden.

— [Der berliner Presse] — so läßt die „Frankf. Ztg." sich aus Berlin schreiben — stehen verschiedene Umwandlungen bevor. Man spricht viel von einem Verkauf des Strousberg'schen „Kleinen Journals"; auch die „Büger-Zeitung" soll vor einem Wechsel des Eigenthümers stehen. Die Herren Löwenthal haben das Blatt der derzeitigen Redaktion für den gewiß mäßigen Preis von 5000 Thlr. zum Kauf angeboten. Die letztere hofft den Ankauf mit Unterstützung wohlhabender Parteifreunde zu ermöglichen, nachdem ein Versuch, Herrn v. Bleichröder zu interessiren, fehlgeschlagen ist.

Lautenburg, 11. Januar. [Attentat auf einen Geistlichen.] In vergangener Nacht wurde nach dem hiesigen katholischen Pfarrer Raschke, welcher am Schreibtische saß und arbeitete, ein Schuß abgefeuert. Die Kugel drang durchs Doppelfenster ins Zimmer, verfehlte jedoch ihr Ziel und ist merkwürdiger Weise bis jetzt nicht aufgefunden worden. (Th. Z.)

Frankreich.

In Frankreich wurde am Dienstag die diesjährige ordentliche Session eröffnet. Zum ersten Mal tritt das unter den Auspizien Gambetta's gebildete Kabinet Freycinet-Farre den parlamentarischen Körperschaften gegenüber, und man darf deshalb dem ministeriellen Programm mit einer gewissen Spannung entgegensehen. Inzwischen sind in verschiedenen

---

Hier unterbrach mich Napoleon ein zweites Mal, um sich in einer langen Abschweifung über die mögliche Stärke unserer Armee zu ergehen. Nach seiner Berechnung könnten wir höchstens 75,000 Mann in Böhmen aufstellen. Er berief sich auf die normale Ziffer der Bevölkerung des Kaiserstaates, auf die Abschätzung unserer Verluste in den letzten Kriegen, auf unser Werbesystem. Ich zeigte mich sehr erstaunt über die Unrichtigkeit seiner Annahmen und sagte, daß er sich gar leicht richtigere Angaben verschaffen könnte. „Ich selbst," meinte ich, „mache mich anheischig, eine vollständige Liste Ihrer Bataillone zu liefern, und Ihre Majestät sollte nicht eben so gut über die Stärke der österreichischen Armee unterrichtet sein?"

„Ich bin ganz gut unterrichtet," entgegnete Napoleon. „Ich habe sehr umständliche Berichte über Ihre Streitkräfte und bin sicher, mich über die Ziffer Ihres Effektivs nicht zu täuschen. Herr v. Narbonne hat eine Menge Spione ausgeschickt und seine Meldungen erstrecken sich bis auf die Tambours Ihrer Armee; mein Hauptquartier war eben so thätig; aber ich weiß am besten, was auf solche Berichte zu geben ist. Meine Berechnungen stützen sich auf mathematische Voraussetzungen, darum sind sie sicher. Man hat am Ende niemals mehr, als man haben kann."

Napoleon führte mich in sein Arbeitskabinet und zeigte mir die Rollen unserer Armee, wie er sie täglich empfing. Er prüfte sie auf das Sorgfältigste und so zu sagen regimentsweise. Darüber allein stritten wir mehr als eine Stunde.

Als wir in seinen Empfangssalon zurückgekehrt waren, sprach er nicht mehr von der politischen Frage und ich hätte glauben können, daß er meine Aufmerksamkeit von dem Zweck meiner Mission ablenken wollte, wenn ich nicht aus Erfahrung gewußt hätte, wie sehr ihm diese berechneten Umgehungen geläufig waren. Er sprach von seinen Operationen in Rußland und verbreitete sich des Weiteren über die Zeit seiner letzten Rückkehr nach Frankreich. Alles, was er darüber sagte, bewies mir klar, daß es ihm immer nur darauf ankam, glauben zu machen, daß seine Niederlage von 1812 lediglich auf Rechnung der Jahreszeit zu setzen und daß sein Prestige in Frankreich niemals größer gewesen sei, als gerade in Folge dieser Ereignisse. „Es war eine harte Probe", sagte er, „aber ich habe sie vortrefflich bestanden."

Nachdem ich ihn über eine halbe Stunde angehört, unterbrach ich ihn mit der Bemerkung, daß gerade seine Worte mir den schlagenden Beweis von der Nothwendigkeit lieferten, diesen ewigen Wechselfällen ein Ziel zu setzen. „Das Glück kann Sie verrathen", sagte ich, wie 1812. Gewöhnlich bilden die Armeen nur einen schwachen Theil der Bevölkerung, jetzt rufen Sie aber das ganze Volk unter die Waffen. Haben Sie nicht mit Ihrer heutigen Armee eine ganze Generation vorweggenommen? Ich habe Ihre Soldaten gesehen: es sind Kinder. Ew. Majestät sind überzeugt, daß Sie der Nation unentbehrlich sind; aber bedürfen Sie nicht auch der Nation? Und wenn diese Armee von Jünglingen verloren sein wird, was werden Sie dann thun?"

Auf diese Worte ließ sich Napoleon vom Zorn bewältigen; er erblaßte und seine Gesichtszüge zuckten krampfhaft. „Sie sind kein Soldat", sagte er rauh, und wissen nicht, was in der Seele eines Soldaten vorgeht. Ich bin auf den Schlachtfeldern groß geworden und ein Mann wie ich macht sich wenig aus dem Leben einer Million Menschen." (Er drückte sich noch viel derber aus.) Indem er diese Worte sprach oder vielmehr schrie, warf er den Hut, den er bis dahin in der Hand gehalten hatte, in eine Ecke des Salons. Ich rührte mich nicht, stützte mich auf eine Konsole zwischen den beiden Fenstern und sagte tief ergriffen: „Warum wenden Sie sich an mich? Warum machen Sie mir zwischen vier Wänden eine solche Erklärung? Oeffnen wir die Thüren und mögen Ihre Worte von einem Ende Frankreichs zum anderen wiederhallen. Nicht die Sache, welche ich vertrete, wird dabei verlieren."

Napoleon hielt an sich und sagte in ruhigerem Tone: „Die Franzosen können sich über mich nicht beschweren; um sie zu schonen, habe ich die Deutschen und die Polen geopfert. Ich habe im russischen Feldzuge 300,000 Mann verloren, aber darunter waren nicht mehr als 30,000 Franzosen."

„Sie vergessen, Sire, daß Sie zu einem Deutschen sprechen."

Napoleon ging auf's Neue mit mir im Salon auf und nieder; beim zweiten Gange hob er seinen Hut wieder auf. Dabei kam er abermals auf seine Heirath zu sprechen. „Ja wohl", sagte er, „ich habe eine recht große Dummheit begangen, als ich eine österreichische Erzherzogin herathete."

„Da Ew. Majestät meine Ansicht wissen wollen", erwiderte ich, „so gestehe ich ganz offen, daß Napoleon der Eroberer allerdings einen Fehler begangen hat."

„Und der Kaiser Franz will also seine Tochter entthronen?"

„Der Kaiser", entgegnete ech, „kennt nur seine Pflichten und wird sie erfüllen. Welches Schicksal seiner Tochter auch beschieden sein mag, der Kaiser Franz ist vor Allem Souverän und das Wohl seiner Völker wird in seinen Plänen stets den ersten Platz einnehmen."

„Ja", unterbrach mich Napoleon, das überrascht mich nicht. Es bestärkt mich nur in der Ansicht, daß ich einen unverzeihlichen Fehler begangen habe. Durch meine Ehe mit einer Erzherzogin wollte ich die Gegenwart mit der Vergangenheit, die gothischen Vorurtheile mit den Einrichtungen meines Jahrhunderts verbinden; ich habe mich getäuscht und fühle heute die ganze Schwere meines Irrthums. Das wird mich vielleicht meinen Thron kosten, aber ich werde die Welt unter seinen Trümmern begraben."

Das Gespräch hatte bis 8½ Uhr Abends fortgedauert. Es war schon ganz dunkel. Niemand hatte in das Kabinet einzutreten gewagt. Keinen Augenblick hatte diese lebhafte Diskussion eine Pause erfahren; sechs Mal hatten meine Worte die volle Bedeutung einer Kriegserklärung. Ich kann hier nicht Alles wiederholen, was Napoleon in dieser langen Unterredung gesagt hat. Ich habe nur die hervorragendsten Punkte wiedergegeben, diejenigen, welche sich unmittelbar auf den Gegenstand meiner Mission bezogen. Zwanzig Mal hatten wir uns von demselben weit entfernt; wer Napoleon gekannt und mit ihm verhandelt hat, wird sich darüber nicht wundern.

Als Napoleon mich entließ, war sein Ton ruhig und mild geworden. Ich konnte seine Gesichtszüge nicht mehr unterscheiden. Er geleitete mich an die Thür des Vorzimmers, und indem er die Hand auf die Klinke legte, sagte er: „Wir werden uns hoffentlich wiedersehen."

„Zu Ihren Befehlen, Sire", erwiderte ich, „aber die Hoffnung, den Zweck meiner Mission zu erreichen, habe ich verloren."

„Nun denn", entgegnete Napoleon, mir auf die Schulter klopfend, „wissen Sie, was geschehen wird? Sie werden mir nicht den Krieg erklären!"

„Sie sind verloren, Sire", rief ich lebhaft, „ich ahnte es schon, als ich herkam; jetzt, da ich gehe, ist es für mich Gewißheit geworden."

In den Vorzimmern fand ich dieselben Generale wieder, die ich beim Eintreten gesehen hatte. Sie umringten mich, um mir den Eindruck, den ich von dieser Unterredung mitnahm, vom Gesichte abzulesen. Ich hielt mich aber nicht auf und glaube auch ihre Neugier nicht befriedigt zu haben.

Berthier begleitete mich bis an meinen Wagen. Als Niemand uns hören konnte, fragte er mich, ob ich mit dem Kaiser zufrieden wäre. „Ja wohl", sagte ich, „er hat mir alle nur wünschenswerthen Aufklärungen gegeben: Es ist um ihn geschehen." Später erfuhr ich, daß Napoleon an demselben Abend, als er sich in sein Schlafzimmer zurückzog, zu seiner Umgebung sagte: „Ich habe eine lange Unterredung mit Herrn v. Metternich gehabt. Er hat sich wacker gehalten. Dreizehn mal habe ich ihm der [illegible] hingeworfen und dreizehn mal hat er ihn aufgehoben. Ab[illegible] der Handschuh wird am Ende doch in meiner Hand bleiben." Ich habe allen Grund zu der Annahme, daß Keiner der Anwesenden von dieser Aeußerung sehr erbaut war. Die ergebensten Höflinge Napoleons fingen an der Unfehlbarkeit des Meisters zu zweifeln an. In ihren Augen wie in den Augen Europas begann sein Stern zu erbleichen.

Ressorts, insbesondere im Kriegsministerium sowie im Departement des Innern, beziehentlich innerhalb der Präfekturverwaltung so durchgreifende Veränderungen erfolgt, daß die fortgeschrittenen Republikaner mit diesen ersten Abschlagszahlungen immerhin zufrieden sein können. Die Bewegung in der Präfekturverwaltung erstreckt sich auf 17 Präfekten, 50 Unterpräfekten und 64 Präfekturräthe. Freilich begegnen andererseits die Absetzungen, welche der neue Kriegsminister Farre in seiner nächsten Umgebung angeordnet hat, in fachmännischen Kreisen den abfälligsten Urtheilen. Bei den nahen Beziehungen des Generals Farre zum Präsidenten der Deputirtenkammer muß man annehmen, daß letzterer gerade auf diese Veränderungen besonderes Gewicht legte. Da nun die Reorganisation der Armee als das wesentliche Ziel Gambetta's gilt, so gewinnt es den Anschein, als ob die bisher auf diesem Gebiete erzielten Fortschritte keineswegs den von den Republikanern gehegten Erwartungen entsprechen.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Jan. Eine Erklärung der Nachricht, daß der frühere Präsident der Transvaalrepublik, Pretorius, und der Sekretär Bok von den Engländern wegen Hochverraths verhaftet worden sind, bringt ein Telegramm der „Times“ aus Pretoria vom 8. d. Die beiden Herren hatten an Sir Garnet Wolseley einen von ihnen als Vorsitzenden, bezw. Schriftführer des Komités unterzeichneten Brief gerichtet, worin sie die in der jüngsten Versammlung der Boers angenommenen Beschlüsse übermittelten. Dadurch sollen sie den Beweis von ihrer Verbindung mit einem hochverrätherischen Plane gegeben haben. Herr Bok in Pretoria wurde gegen Bürgschaft von 3000 L. auf freien Fuß gesetzt, doch für Herrn Pretorius in Potchefstroom wurde die Annahme einer Bürgschaft verweigert. Das Verhör der Verhafteten hat noch nicht stattgefunden. Die englische Presse ist natürlich nicht verlegen um Gründe zur Rechtfertigung dieses Vorgehens. Die „Times“ sieht darin einen Beweis für den endgültigen Beschluß Wolseley's, die durch die Einverleibung übernommene Autorität ohne Vorbehalt aufrechtzuerhalten. Allerdings müsse anerkannt werden, daß die Mehrzahl der Boers und voraussichtlich die Mehrzahl der weißen Bevölkerung der britischen Herrschaft abgeneigt sei. Es widerstehe den Gefühlen Englands, den Willen eines feindselig gesinnten Volkes durch die äußerste Maßregel einer Einverleibung umzustoßen; allein die Frage sei überaus verwickelt, da es sich hier durchaus nicht um einen wirklich unabhängigen Staat handle. Die Unabhängigkeit des Transvaal sei längst ein todter Buchstabe gewesen, so daß es sich für England nur noch um die Frage handle, ob es das Transvaal im eigenen und zugleich im Interesse der Boers verwalten soll oder nicht; die Boers klagten, daß man ihnen ihre Regierung genommen hat. England habe ihnen aber nichts genommen, sondern eine Regierung gegeben; es fehle nicht an Anzeichen, daß die Boers sich nicht so sehr gegen die englische, sondern überhaupt gegen jede Regierung sträuben. England habe auf eigene Kosten und mit einem Opfer von Menschenleben, vor welchem die Boers zurückschreckten, dieselben von einem Häuptling befreit, den sie im Uebermuth herausgefordert hatten und der ganzen Grenze den Frieden gesichert und nun verlangten die Boers, daß man sie in ihre frühere Stellung einsetze. „Daily News“ läßt die andere Seite der Frage mehr zur Geltung kommen. Sie erinnert daran, daß Sir Bartle Frere im vorigen Jahre die Unabhängigkeitspetition der Boers nach England schickte und dabei versicherte, daß dieselbe die Beachtung des Kolonialministers verdiene; die Boeres seien daher augenscheinlich nicht ohne gute Gründe zur Klage. Es verlohne sich daher wohl, reiflich zu prüfen, ob die Aufgabe, eine widerspenstige Gemeinde durch militärischen Druck zu regieren, eine empfehlenswerthe sei und ob sich nicht in irgend einer Form eine Selbstregierung herstellen lasse, selbst in dem Falle, daß das Land der Krone erhalten bleibe.

London, 11. Januar. [Zum Attentat in London.] Die St. Peterkirche in Hatton-Garden, gemeinhin die italienische Kirche genannt, war am Sonnabend Vormittag der Schauplatz einer furchtbar aufregenden Szene. Die Kirche war zu Ehren der Christ- und Neujahrsfesttage festlich geschmückt worden, während noch besondere Vorkehrungen für den Empfang des Kardinals Manning getroffen worden waren, welcher am gleichen Tage stattfinden sollte. Die Zehn-Uhr-Messe wurde gerade von dem ehrwürdigen Pater Bakanowski celebrirt — einem polnischen Priester, der als Kaplan der hier lebenden Polen bestallt und dem die Kirche gelegentlich zu gottesdienstlichen Handlungen geöffnet ist — als bei der Erhebung der Hostie vom Schiff der Kirche ein Schuß abgefeuert wurde, dessen Kugel den Altar traf. Der dienstthuende Meßner flüchtete sich sofort nach der Sakristei, schloß die Thüre hinter sich ab und machte es dadurch dem ihm nachfolgenden Priester unmöglich, sich gleichfalls zu retten. Hier gab der Attentäter zwei weitere Schüsse ab, die in der Sakristeithüre und über derselben einschlugen. Pater Bakanowski flüchtete sich nunmehr hinter den Altar, wurde jedoch von seinem Angreifer auch dahin verfolgt; schließlich lief der Gehetzte nach dem Schiff der Kirche und entging glücklicherweise den beiden ihm nachgeschickten Kugeln. Der Attentäter sprang nunmehr nach der Rückseite des Altars, ergriff einige der massiven Leuchter und warf sie mit solcher Gewalt zu Boden, daß sie in Stücke zersprangen; dann stieg er die Treppen des Altars empor und riß die Thüre und das Gitterwerk des Sakramentshäuschens ab und zerbrach die Monstranz und den Kelch, schließlich brachte er noch den gefüllten Weihbrodbehälter zu Tage. Unterdessen war der gleichfalls zerfetzte Altarvorhang durch die von den Leuchtern gefallenen Lichte in Brand gerathen, wobei die Altardecke, ein wahres Kunstwerk, dessen Werth auf mindestens 150 Pfund geschätzt wird — ein Geschenk edler Frauen Genuas, anläßlich des am [illegible]ember gefeierten Festes der unbefleckten Empfängniß — nicht ohne schwere Beschädigungen davon kam. Der Altarplatz war von zerbrochenem Glas, Leuchtern, Metall und Holzwerk wie besäet. Alles dies war das Werk weniger Augenblicke. Die Gemeinde, welche sich unterdessen vom ersten Schrecken erholt hatte, bemächtigte sich nunmehr des Attentäters und entriß ihm den gänzlich verschossenen Revolver und ein Dolchmesser, mit welchem er sich zur Wehre setzen wollte, während die Putzfrau die Flamme am Altar löschte. — Einem anderen Berichte zufolge betrat der Attentäter — sein Name ist Schossa — die Kirche mit bedecktem Haupte und rief laut den Betenden zu: „Macht, daß Ihr fortkommt!“ stieg einige Altarstufen hinauf, legte auf den Priester ab und feuerte seine Waffe ab. Pater Bakanowski kam mit dem Schrecken davon. Der Attentäter wurde durch den Pater Arkell entwaffnet; Schossa versuchte denselben nun mit dem Dolch beizukommen, wurde jedoch durch die Putzfrau daran verhindert, die mit einigen leichten Schnittwunden davonkam. Die unterdessen herbeigeholten Polizisten entrissen Schossa den Dolch und führten ihn nach dem Zuchtpolizeihof in Glesherwille. (L. C.)

Asien.

[Ueber Rußland's und England's Ringen um die Hegemonie in Asien, schreibt die „Wiener Presse“]:

Der Tag rückt näher und näher, an welchem auf der mittelasiatischen Hochebene Russen und Engländer sich feindlich begegnen dürften. Schon im nächsten Frühjahr beginnt dort das erste Vorspiel zu ihrem gewaltigen Ringen um die Herrschaft in Asien und damit wohl auch um die Hegemonie in den alten Kulturgebieten des Westens. In Rußland ist man zu einem kühnen Schachzug entschlossen, der im schlimmsten Falle nicht mehr kostet, als eine Armee und einen General, der im Falle des Gelingens aber neue eine wichtige Sellung sichert, von der aus man der britischen Macht in Indien ein verdecktes Schach bereiten kann. In England durchschaut man diesen Plan sehr wohl. Man entwickelt darum auch, ganz im Widerspruch mit der vornehm bedächtigen Weise, mit der bisher trotz der Bedrängniß des General Roberts die afganischen Angelegenheiten behandelt wurden, plötzlich eine fieberhafte Thätigkeit, seit man von dem neuen Feldzugsplan der Russen gegen Merw Kunde erhalten. Mit diesem großen Kriegszuge, den General Kaufmann von den turanischen Khanaten aus an der Spitze eines Heeres, dessen Kern russische Veteranen, dessen Flügel die Reitergeschwader der mahomedanischen Vasallenfürsten von Chiwa und Bokhara bilden sollen, gegen Merw unternimmt, tritt Rußland zum ersten Male selbst als mittelasiatische Macht auf den Schauplatz der künftigen Ereignisse. Die Gebietserwerbungen, die es seit zwei Dezennien am Jaxartes und Oxus gemacht, sind nicht mehr weit vorgeschobene Grenzposten zur Deckung des Hinterlandes gegen Raubeinfälle der Nomaden. Als solche hatte England, wenn auch widerwillig, sie gelten lassen, trotz des eklatanten Bruches jener feierlichen Zusagen, welche Graf Schuwalow einst in Bezug auf die sogenannte wissenschaftliche Grenze und die zu respektirende neutrale Zone zwischen Rußland und Britisch-Indien aus Livadia nach London überbracht hatte. Diese russischen Grenzposten sind bereits in feste Stützpunkte weitausgreifender Operationen, in Depots und Kriegsarsenale für neue Eroberungskriege umgestaltet worden und sollen jetzt als solche benützt werden. Das ist mehr, als der geduldige Optimismus John Bull's vertragen will. Schon der vorjährige Zug der Russen gegen die Teke-Turkmenen unter General Lazarew hatte das Mißtrauen der britischen Staatsmänner im hohen Grade erweckt, als der Rachezug sich Merw mehr und mehr näherte. Wären damals die Russen, anstatt in furchtbarer Niederlage am Attrek geschlagen und durch Seuchen völlig aufgerieben zu werden, in das bereits von ihnen bedrohte Merw eingedrungen, es würden alsbald ernstliche Verwickelungen wegen Gefährdung des von jener Oasenstadt kaum zehn Tagmärsche entfernt liegenden Herat sich ergeben haben. Und doch war damals die gesammte Konstellation für die Engländer weit günstiger als gegenwärtig, seit die afganischen Prätendenten und Flüchtlinge, die geschlagenen und zersprengten Führer, von Kabul sich nach Turkestan gewendet haben und dort mit Hülfe reicher russischer Subsidien den Widerstand gegen England organisiren.

Afrika.

Kapstadt, 16. Dez. [Eine Versammlung der Boers] fand am 10. d. in Doornkop statt. Es fanden sich 510 Wagen und 6305 Männer ein, mehr als bei der Versammlung, welcher Sir Bartle Frere angewohnt hatte; die Versammlung vom 10. d. umfaßte also die große Mehrzahl der männlichen Bevölkerung des Landes. Ein unabhängiger Bericht über die Verhandlungen ist nicht veröffentlicht worden, da die Boers beschlossen hatten, jeden Vertreter einer ihren Interessen feindseligen Zeitung aus der Gesellschaft zu verdrängen. Der „Standard“ und „Mail“ hat jedoch die Beschlüsse veröffentlicht, welche die Versammlung angeblich einstimmig angenommen hat, nämlich:

1) Da es sich gezeigt hat, daß Ihrer Majestät oberste Kommissare für Recht und Gerechtigkeit taub sind und daraus klar hervorgeht, daß wir die uns durch Petitionen und Bittgesuche so schlau geraubte Unabhängigkeit nie wieder erlangen werden, so ist es unser entschiedenes und ernstes Verlangen, daß der Vizepräsident sofort als Staatspräsident auftrete und seine Stellung als solcher einnehme. 2) Daß der Präsident unverzüglich den Volksraad einberufe, wie es die Verfassung erheischt. 3) Erklären wir hiermit öffentlich, daß wir uns niemals der britischen Regierung unterwerfen werden und daß wir nach wie vor feierlichst gegen alle von den englischen Behörden veröffentlichte Proklamationen protestiren. 4) Wir verlangen nichts als unsere Unabhängigkeit und erklären feierlichst, daß wir entschlossen sind, für dieselbe unser Leben zu opfern und unser Blut zu vergießen. 5) Wir verlangen, daß unsere Regierung so bald als möglich wieder eingesetzt werde, gemäß der Verfassung der süd-afrikanischen Republik. 6) Es ist daher unser ergebener aber ernster Wunsch, daß unser Nationalkomite so bald als möglich die nöthigen Schritte für die Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit thue. 7) Sollte jedoch das Komite einen besseren Weg wissen, so ist es unser ergebener aber ernster Wunsch, daß das Komite diesen Weg sofort dem Volke zur Begutachtung darlege.

Der vorerwähnte Vizepräsident ist Paul Krüger, welcher vom Volksraad, kurz vor dessen Auflösung, gewählt wurde. Herr Krüger hat bei mehr als einer Gelegenheit erklärt, daß er nichts mit einer Bewegung zu schaffen haben wolle, welche einen Appell an die Waffen einschließe. Ferner wird berichtet, daß nach Annahme dieser Beschlüsse diese Versammlung die Einberufung des Volksraad bis zum nächsten April verschob und sich hierauf ruhig trennte; dies wird jedoch von den holländischen Zeitungen bestritten und erklärt, daß das Komite allerdings die Verschiebung bis zum April anempfohlen, die Mehrheit der Versammlung aber den Vorschlag mit Entrüstung aufgenommen und erklärt habe, sich nicht trennen zu wollen, ehe die Versammlung sich für eine entschiedene Aktionsweise ausgesprochen habe. Andererseits veröffentlichen die „Cape Times“ und der „Argus“ ein Telegramm, welches besagt, daß der Volksraad auf den 12. April einberufen werden soll und Paul Krüger sich auf dem Wege nach Pretoria befindet, um den Versuch zu machen, mit Sir Garnet Wolseley zu unterhandeln. Alle Telegramme aus Pretoria enthalten widersprechende Mittheilungen, und es hält schwer, sich eine Meinung über die thatsächliche Lage der Dinge zu bilden.

Parlamentarische Nachrichten.

An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters, Geheimen Regierungsrath Denhard ist von der Stadt Stralsund der Bürgermeister Dr. Francke für das Herrenhaus präsentirt und von Sr. Majestät dem König als Mitglied desselben berufen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 15. Januar. Die Budgetkommission genehmigte die Vorlage bez. des oberschlesischen Nothstandes mit folgenden Abänderungen: Viehfutter und Saatgut sollen nur als Darlehn gegeben werden; bei Vertheilung der Mittel zur Beschaffung von Viehfutter und über die Entbindung von der Ersatzpflicht wegen Leistungsunfähigkeit sollen nicht die Kreisausschüsse, sondern der Oberpräsident nach Anhörung der Selbstverwaltungsorgane entscheiden. Das Uebrige wurde unverändert angenommen und von Minnigerode mit der mündlichen Berichterstattung beauftragt. (Wiederholt.)

Leipzig, 15. Januar. Der berühmte Jurist, Professor v. Wächter, ist heute Nacht gestorben. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 15. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaussitzung.] Fortsetzung der Berathung der Verwaltungsgesetze. Weyrauch spricht für die Vorlagen. Redner rechtfertigt besonders die Uebergangsbestimmungen.

Rickert wendet sich gegen die gestrigen Deduktionen Eugen Richter's und die negative Haltung der Fortschrittspartei, rühmt die Vorzüge der Selbstverwaltung und faßt die Aufgabe der Liberalen dahin zusammen: Abwehr gegen die reaktionären Bestrebungen, aber Mitarbeit auf dem neutralen Gebiete der Verwaltungsreform. Redner polemisirt weiter gegen Meyer (Arnswalde) und v. Heeremann und kritisirt die Vorlagen in einzelnen Punkten. Er appellirt an die Konservativen, gemeinsam mit den Liberalen das Werk der Verwaltungsreform in dem Geiste, in dem es begonnen, durchzuführen.

v. Tiedemann bedauert, daß v. Heereman den Kulturkampf auch in diese Debatte gezogen und dabei in die gewohnten Uebertreibungen verfallen sei. Wenn v. Heereman solche Uebertreibungen vorbringe und eine offene Kriegserklärung ausspreche, dann sei die Versöhnlichkeit, mit welcher des Redners Partei (die Freikonservativen) in das Haus getreten sei, in Gefahr, auf den Gefrierpunkt herbzusinken. Redner kritisirt sodann die Auslassungen Richters und Windthorst's.

Gneist bekämpft die Ansicht Derjenigen, welche die Durchführung der Verwaltungsreform von dem vorherigen Erlaß einer Landgemeindeordnung abhängig machen wollen und dankt dem Minister für den Versuch, die Organisation auf der Basis der großen Stein'schen Gesetzgebung fortzuführen. Redner führt aus, daß das Hauptgewicht auf die zweckmäßige Ausbildung der Mittelinstanz zu legen sei.

Eilers (für die Vorlagen), erörtert speziell die einschlägigen Verhältnisse Hannovers.

Petri spricht sich gegen die Vereinigung der Regierungsbezirke Wiesbaden und Cassel zu einer Provinz aus. Hierauf wird die Diskussion geschlossen und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, wobei v. Heeremann dagegen protestirt, als habe er eine Kriegserklärung ausgesprochen, die Ueberweisung der vier Verwaltungsgesetze an eine Kommission von 21 Mitgliedern beschlossen. Der Gesetzentwurf betreffend die Kreisvertretung in Lauenburg wird zur zweiten Berathung im Plenum gestellt. Nächste Sitzung morgen.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: In der französischen Presse wird von einigen Parteistandpunkten aus die Behauptung geltend gemacht, als ob die deutsche Regierung dem jetzigen Kabinet gegenüber irgend welche Schritte that oder beabsichtigte, welche mit der Zurückhaltung den inneren Angelegenheiten Frankreichs gegenüber, wie sie die deutsche Friedenspolitik von Anfang an beobachtete, nicht im Einklang ständen. Wer die deutsche Politik Frankreich gegenüber seit dem Frieden nur oberflächlich beobachtete, dem könne die Sorgfalt nicht entgangen sein, womit der Reichskanzler jede Einmischung, jeden Anschein einer Einmischung in die innere Politik Frankreichs vermied. Daß die gegenwärtige deutsche Politik auf Erhaltung des Friedens gerichtet, sei seit dem Kongreß bona fide kaum mehr anzuzweifeln. Deutschland sei in dieser Beziehung mit Recht vorsichtig geworden durch unberechtigte Klagen über die „German Influence“ in England über angebliche deutsche Einflüsse in Rußland. Die „Norddeutsche“ glaubt deshalb auch nicht, daß der Reichskanzler den deutschen Artikel über die jüngste französische Krisis, welche er inspirirt haben soll, worin man sogar seinen Styl erkennen wollte, mit Vergnügen gelesen oder gar darin eine Unterstützung seiner Politik erkannt habe. Die Abneigung gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, welche das Ergebniß der Achtung vor Frankreichs Unabhängigkeit sei, werde auch ferner für die deutsche Politik maßgebend bleiben. Bezüglich der Versuche einzelner Parteien in Frankreich, die Unterstützung Deutschlands zu gewinnen, welche in früheren Jahren vor der Vertretung Frankreichs durch den Grafen von St. Vallier vielleicht stattgefunden hätten, fügt die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ hinzu, sie kenne die Details der intimeren Beziehungen nicht, sei aber überzeugt, daß dieselben, wenn sie überhaupt stattfanden, in der Richtung des 16. Mai und des Staatsstreichs gelegen haben können, aber durchaus nicht im Interesse einer der jetzt mit einander ringenden Parteien. Jedenfalls müssen sie resultatlos gewesen sein, und würden das auch zweifelsohne bleiben, welches immer die Stellung der betreffenden Partei in der inneren französischen Politik sein möchte.

Locales und Provinzielles.

Posen, 15. Januar.

— [Ein Vorfall] der sich zwischen russischen und deutschen Offizieren in Kalisch zugetragen haben soll, wird gegenwärtig in den berliner politischen Blättern vielfach kommentirt, indem das Ereigniß auch mit dem Verhältniß zwischen Rußland und Deutschland in Verbindung gebracht wird. Da die Nachricht, wie gesagt, bereits in einen großen Theil der deutschen Presse übergegangen ist, so tragen wir keinen Anstand, dieselbe hier gleichfalls unter allem Vorbehalt zu registriren, indem wir dabei bemerken, daß wir bereits an geeigneten Stellen Schritte gethan haben, um das Thatsächliche der Erzählung festzustellen. Laut dem „Hamb. Korr." und der „Augsb. Allg. Ztg.", deren Berichte in die berliner Blätter übergegangen sind, hätte sich der Fall folgendermaßen zugetragen:

Von Alters her findet zwischen den Offizieren der Grenzgarnisonen ein meist auch durch die Isolirtheit der Lage begünstigter Verkehr statt. Das eine Mal sind es die preußischen Offiziere, welche die Kollegen der benachbarten russischen Garnison zu sich zu Gaste laden, das andere Mal folgen die preußischen Offiziere der Einladung ihrer russischen Standesgenossen. So waren denn vor Kurzem Offiziere der Kalisch zunächst gelegenen preußischen Grenzgarnison Ostrowo dorthin zu einem Diner geladen. Bei Nachtisch nahm die Unterhaltung eine politische Wendung und einige von den russischen Offizieren, denen der Wein die Zunge gelöst hatte, scheuten sich nicht, die Tagesfragen in dem Jargon der petersburger Panslawistenblätter zu behandeln. In Kurzem kam es soweit, daß die russischen Offiziere mit dem Degen in der Hand auf ihre preußischen Gäste eindrangen. Nur mit der größten Mühe gelang es dem Oberst, das Schlimmste zu verhindern, und die preußischen Offiziere in seine nahe Wohnung zu bringen, von wo aus sie unter einer Bedeckung von 30 Husaren an die Grenze geleitet wurden, da der Oberst fürchtete, die wüthenden (russischen) Offiziere möchten ihren Gästen auf dem Rückweg nach der Grenze auflauern, um ihr Müthchen an ihnen auszulassen.

Indem wir vorläufig für die Richtigkeit dieser Darstellung alle Verantwortung ablehnen, wollen wir auch noch mit unserem Urtheil über jene Probe russischer Gastfreundschaft zurückhalten. Uebrigens hat, wie wir hören, die betr. Meldung in allerhöchsten Kreisen in Berlin großes Aufsehen erregt.

r. [Zur Wahl der Abgeordneten aus der Steuer-Gesellschaft Klasse Litt. A. I.] fand heute Vormittag 10 Uhr in Gemäßheit des § 9 des Gesetzes, betr. einige Abänderungen in der Gewerbesteuer vom 19. Juli 1861, in dem Sitzungssaale der Finanz-Abtheilung der königlichen Regierung vor dem Regierungsrath Freiwald als Regierungskommissarius ein Termin statt. Es waren zu wählen 7 Abgeordnete und 7 Stellvertreter. Zu Abgeordneten wurden gewählt: Kommerzienrath Louis Jaffe, Fabrikbesitzer Anton Krzyżanowski, Kaufmann Leopold Goldenring, Kaufmann Samuel Brodnitz, Brauereibesitzer Julius Hugger, Bäckermeister Franz Chwałkowski, Fabrik-Direktor Albert Guttmann; zu Stellvertretern: Apotheker Dr. Mankiewicz, Brauereibesitzer Friese, Kaufmann Siegmund Lißner, Kaufmann Moritz Bergas, Fabrik-Administrator Wlad. v. Bentkowski, Fabrikbesitzer Moritz Milch.

‡ [Der kommandirende General v. Kirchbach] ist heute früh nach Berlin gereist, um dem Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens und dem Ordensfeste beizuwohnen.

r. [Der Domherr Dorszewski] zu Gnesen, Generalvikar und Offizial der Erzdiözese Gnesen, Hausprälat des Papstes, ist nach langen Leiden am 14. d. M. in Gnesen gestorben. Derselbe wurde i. J. 1804 geboren, machte den Insurrektions-Feldzug vom Jahre 1831 mit und wurde i. J. 1855 zum Domherrn ernannt. Der kirchenpolitische Kampf beraubte ihn vor 6 Jahren seiner Stellung als Offizial der Erzdiözese Gnesen. In der letzten Zeit war er kränklich und gelähmt, und wurde vor einigen Tagen von einem Schlaganfalle betroffen, in Folge dessen er starb.

‡ **Personal-Veränderungen im V. Armee-Corps.** v. Sandrart, General-Lieutenant und Kommander der 10. Division, zu den Offizieren von der Armee versetzt. v. Münenberg, Oberstlieutenant von 3. Niederschl. Infterie-Regt. Nr. 50, in das Niederrheinische Füsilier-Regt. Nr. 39 versetzt. v. Poser, Major vom 3. Niederschl. Infanterie-Regt. Nr. 50, in das 5. Thüringische Infanterie-Regt. Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) versetzt. v. Schilling, Major von diesem Regiment, als etatsmäßiger Stabsoffizier in das 3. Niederschl. Infanterie-Regt. Nr. 50 versetzt. van der Leeden, Major aggregirt dem 4. Pos. Infanterie-Regt. Nr. 59, in die älteste Hauptmannsstelle des 3. Niederschl. Infanterie-Regt. Nr. 50 einrangirt. Kutzen, Prem.-Lt. vom 3. N.-S. Inftr.-Regt. Nr. 50, unter Beförderung zum Hauptmann dem Regmt. aggregirt. Ebel, Sec.-Lt. von demselben Regt. zum Prem.-Lt. befördert. v. Loeper, Major und etatsmäßiger Stabsoffizier vom 1. Schles. Dragoner-Regt. Nr. 4, der Abschied mit der gesetzlichen Pension, der Erlaubniß zum Tragen der Regiments-Uniform und unter Verleihung des Rothen Adler-Ordens 4. Klasse bewilligt. v. Jagemann, Major à la suite des Thüring. Ulanen-Regts. Nr. 6, unter Entbindung von dem Verhältniß als Lehrer bei dem Militär-Reit-Institut, als etatsmäßiger Stabsoffizier in das 1. Schles. Dragoner-Regmt. Nr. 4 versetzt. v. Rosen, Major und Eskadrons-Chef im 1. Schles. Dragoner-Regmt. Nr. 4, dem Regiment aggregirt. v. Manstein, Prem.-Lieut. in demselben Regiment, zum Rittmeister und Eskadrons-Chef, Graf v. Schweinitz. Sek.-Lieut. in demselben Regim., zum Prem.-Lieut. befördert. v. Oertzen, Sek.-Lieut. der Landw.-Kavallerie im 2. Bat. (Muskau) 1. Westpreuß. Landw.-Regmts. Nr. 6, zum Prem.-Lieutenant befördert. Bellay, Franke, Vizefeldwebel vom 1. Bat. (Sprottau) 1. Niederschl. Landwehr-Regmts. Nr. 46, zu Sek.-Lieuts. der Reserve resp. des 2. Schles. Grenad.-Regmts. Nr. 11 und des 4. Pos. Inf.-Regmts. Nr. 59 befördert. Tietze, Vizewachtmeister vom 2. Bataillon (Liegnitz) 2. Westpreußischen Landwehr-Regiments Nr. 7, zum Sekonde-Lieutenant der Reserve des Posen'schen Ulanen-Regiments Nr. 10 befördert. v. Quitzow, Vizefeldwebel vom 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50, zum Portepeefähnrich ernannt. Bergwelt, Prem.-Lieut von der Res. des 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62 — im Bezirk des 1. Batl. (Posen) 1 Posenschen Landwehr-Regiments Nr. 18, — zu den Reserve-Offizieren des 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 6 versetzt. Frhr. von Massenbach, Sek.-Lt. von der Res. des 2. Leib-Hus.-Regts. Nr. 2 — im Bezirk des 2. Bats. (Samter) 1. Pos. Landwehr-Regiments Nr. 18 — zum Prem.-Lieut. befördert. Gembitzki, Prem.-Lieut. der Landw.-Kav. des 2. Bats. (Schrimm) 2. Pos. Landwehr-Regts. Nr. 19, der Abschied unter Verleihung des Charakters als Hauptmann und mit der Erlaubniß zum Tragen seiner bisherigen Uniform bewilligt.

+ **Im Handwerkerverein** wird Herr Landgerichtsrath Czwalina am Freitag Abend 8 Uhr einen Vortrag über das zeitgemäße Thema „Die neue Zivilprozeß-Ordnung" halten.

— **Der Hilfslehrer Dr. Laskowski** vom Marien-Gymnasium ist zum 1. April d. J. als ordentlicher Realschullehrer an die Realschule in Rawitsch versetzt worden.

r. **Diebstähle.** Aus einem Stalle im Hofe des Grundstücks Theaterstraße 5 sind in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch 2 Gänse mittelst Aufbrechens des Stalles gestohlen worden. — Von einem auf Ostrowek kurze Zeit unbeaufsichtigt gewesenen Wagen sind am 12. d. M. Morgens ein Sack mit Roggen und ein Sack mit Futter gestohlen worden. — Einer Müllerfrau aus der Gegend von Moschin wurde am Mittwoch in einem Laden am Alten Markt durch eine der anwesenden Personen ihre Baarschaft aus der Kleidertasche gestohlen. — Aus einem Speicher in der Sandstraße sind in der Nacht vom 12. zum 13. d. M. theils mittelst Nachschlüssels, theils mittelst Aufbrechens einer Thür 20 Scheffel Weizen gestohlen.

□ **Fraustadt,** 14. Januar. [Todesfälle.] Wiederum hat der Tod unter der katholischen Geistlichkeit in unserer Gegend eine gewaltige Lücke gerissen. Am Sonnabend verstarb der Propst Maliski in Bargen im Alter von ca. 40 Jahren und am Sonntag der Propst Schindler in Ilgen, 70 Jahre alt, dessen Hinscheiden wegen seiner Herzensgüte und seiner loyalen Gesinnung allgemein bedauert wird. Beide Pfarreien gehören zu den besseren in der Provinz. Die Zahl der verwaisten Pfarreien wird immer größer, es sind bis jetzt ohne Geistlichen: Fraustadt mit Geiersdorf, Lissen mit Tillendorf, Lache mit Scharne, Ilgen mit Kaltvorwerk und Neuguth. Bargen mit Nicheln, Gollmütz mit Deutsch-Jeseritz.

♁ **Czarnikau,** 11. Januar. [Etat der höheren Knabenschule. Marktpreise.] Nach dem von Seiten des hiesigen Magistrats aufgestellten und von der königlichen Regierung genehmigten Etat für die hier am 1. Oktober v. J. errichtete höhere Knabenschule beträgt die Einnahme an Schulgeld von 26 Schülern à 72 M. jährlich = 1872 M.; der aus der Kämmereikasse zu zahlende und bewilligte Zuschuß 728 M. Die zur Deckung aller Kosten disponible Summe beläuft sich somit auf 2600 M. Der angestellte Rektor erhält an Gehalt baar 1824 M., an Miethsentschädigung 216 M. und 60 M. Entschädigung für Brennmaterial. Für Ertheilung des Religions-Unterrichts an Schüler katholischer und jüdischer Konfession sind 150 M. ausgeworfen. Die Summe aller Ausgaben beträgt 2600 M. Die obige Schülerzahl ist für den Etat nur angenommen; in Wirklichkeit wird die Schule gegenwärtig von 11 Schülern besucht, von denen 10 Schüler Schulgeld zahlen und im Ganzen jährlich 720 M. aufbringen. Darnach wäre der zu leistende Zuschuß aus der Kämmereikasse von 728 M. auf 1880 zu erhöhen. Dazu kommt, daß der Rektor wöchentlich nur 24 Stunden unterrichtet; die übrigen 8 Stunden werden von Lehrern der Stadtschule gegeben und sind besonders zu honoriren. Allerdings verbleiben gegenwärtig die für Ertheilung des Religionsunterrichtes ausgesetzten 150 M. der Kasse, da bis jetzt nur evangelische Schüler Religionsunterricht erhalten. Wenn auch der Zuschuß aus der Kommunalkasse ein recht bedeutender zu nennen ist, so ist doch durch die Gründung dieser Schule einem längst empfundenen und ausgesprochenen Bedürfniß Rechnung getragen worden und die Opferwilligkeit der Vertreter der Stadt umsomehr anzuerkennen. — Die Durchschnittsmarktpreise stellten sich für unsere Stadt pro Dezbr. v. J., wie folgt: pro 100 Kgr. Weizen 18,25—19,75 M., Roggen 15,25—16,40 M., Gerste 14,88—15,88 M., Hafer 12,25—13,40 M., Erbsen zum Kochen 17,50 M., Kartoffeln 3,25 M., Richtstroh 3,25 M. und Heu 3,75 M. Zu Markt gebracht wurden im Ganzen ca. 400 Kgr. Weizen, 2900 Kgr. Roggen, 1600 Kgr. Gerste und 600 Kgr. Hafer.

△ **Schneidemühl,** 11. Januar. [Neues Landgerichtsgebäude. Kommunalkasse. Handwerkerverein.] Nachdem unser neues Landgerichtsgefängniß im Rohbau fertig gestellt worden ist, soll im Frühjahre auch der Erweiterungsbau des Landgerichtsgebäudes in Angriff genommen werden. Zur Submission der qu. Arbeiten ist bereits Termin auf den 24. Januar c. anberaumt worden. Wahrscheinlich werden sich auch Konkurrenten von außerhalb an diesem Submissionstermine betheiligen. Das erweiterte neue Landgerichtsgebäude wird die Stadt wieder um einen schönen Bau bereichern, wie denn auch das Landgerichtsgefängniß in großen Dimensionen erbaut ist und sich mächtig von den anderen Gebäuden abhebt. — Gestern fand eine Revision unserer städtischen Kasse statt, welche zur Zeit durch den Rendanten Schönrock verwaltet wird. Das Ergebniß war zufriedenstellend. Uebrigens werden zum 1. April die sogenannten Korporationskassen, d. h. die Kirchen- und Schulkassen aus unserm städtischen Kassenwesen ausgeschieden werden. Man hofft, so eine bessere Uebersicht über die eigentliche Kämmereikasse zu gewinnen. Dann wird neben dem Rendanten, welcher ein Gehalt von 2400 Mark beziehen soll, noch ein Assistent angestellt werden; letzterer soll 900 Mark jährlich an Gehalt erhalten. — Unser Handwrrkerverein, welcher bisher eigentlich nur ein bescheidenes Dasein fristete, hat in letzter Zeit einen rechten Aufschwung genommen, nachdem dort interessante Vorträge gehalten wurden.

Landwirthschaftliches.

? **Lissa,** 14. Januar. [Bildung eines zweiten Rustikal-Vereins im Kreise Fraustadt.] Im westlichen Theile unseres Kreises besteht seit mehreren Jahren schon und wirkt recht ersprießlich der Rustikalverein, welcher in Fraustadt von Zeit zu Zeit seine Versammlungen abhält. Dem gegenüber ist der Wunsch geäußert worden, es möchte ein eben solcher Verein für den östlichen Theil unseres Kreises gegründet werden, welcher in Lissa seine Versammlungen zu veranstalten hätte. Um diesem Wunsche Rechnung zu tragen, wird Herr Landesökonomierath, Rittergutsbesitzer Lehmann auf Nitsche in der nächsten Zeit hier eine Generalversammlung einberufen und diese, wenn ich recht berichtet bin, am 25. d. M. Nachmittags 3 Uhr im Saale unseres Schützenhauses abhalten. In unserer Nähe haben wir außer den Ackerstädten Storchnest, Schwetzkau, Reisen und Zaborowo eine bedeutende Anzahl Dörfer mit intelligenten Besitzern bäuerlicher Grundstücke und es steht zu erwarten, daß der zu bildende Verein, welcher ja seinen Mitgliedern außer Belehrung und gegenseitiger Aneiferung auch materiellen Nutzen zu bieten im Stande sein wird, recht viel Mitglieder in kurzer Zeit erzielen wird. Unsere ganze Umgegend ist auf die Erzeugnisse ihres Bodens vollständig angewiesen und die landwirthschaftlichen Vereine, in welchen die gemachten Erfahrungen gegenseitig ausgetauscht und außerdem von berufenen Persönlichkeiten belehrende Vorträge gehalten werden, sind recht dazu geeignet, den Landwirth in den Stand zu setzen, daß er entsprechend den größeren pekuniären Anforderungen der Jetztzeit auch dem Boden durch rationellere Bewirthschaftung größere und somit lohnendere Erträge abgewinne. Nicht zu reden davon, daß die Mitglieder eines solchen Vereins durch den letzteren in den Stand gesetzt werden dürften, ihre ländlichen Produkte vortheilhafter an den Mann zu bringen.

r. Stadtverordnetensitzung

am 14. Januar.

Anwesend sind 6 Magistrats-Mitglieder und Anfangs 25, später 30 Stadtverordnete. Bevor in die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre eingetreten wird, widmet der Vorsitzende, Justizrath Pilet, dem Andenken des verstorbenen Mitgliedes der Versammlung, Kaufmann Dr. Fränkel, während die Anwesenden sich erheben, einige warme Worte. — Alsdann wird die Versammlung durch die Wahl der beiden Vorsitzenden, und der Mitglieder der Fachkommissionen für das Jahr 1880 neu konstituirt, wobei der bisherige Vorsitzende, Justizrath Pilet, gemäß der Städteordnung, den Vorsitz führt. Es wurden mit fast allen Stimmen wieder gewählt: zum Vorsitzenden Justizrath Pilet, zu dessen Stellvertreter Geh. Kommerzienrath B. Jaffe. Beide nehmen die Wahl an, und sprechen für das ihnen von der Versammlung erwiesene Vertrauen ihren Dank aus; Justizrath Pilet verspricht, die Verhandlungen, wie bisher, nach Kräften unparteiisch zu leiten, und bittet die Versammlung, ihn in seinem Bestreben, die Verhandlungen zum Wohle der Stadt gedeihen zu lassen, im Geiste der Eintracht, des Interesses für das Wohl der Stadt und der Achtung auch entgegenstehender Ansichten zu unterstützen. — Es werden alsdann die Mitglieder der Fach-Kommissionen gewählt, und zwar in die Rechtskommission: Justizrath Tschuschke, Rechtsanwalt Orgler, königl. Auktions-Kommissarius Manheimer, Bankdirektor Buski, Rechtsanwalt von Jazdzewski; in die Baukommission: Zimmermeister Feckert, Maurermeister Hesselbein, Kaufmann Kronthal, Rentier Kaminski, Maurermeister Prausnitz, Kaufmann Herz, Kupferschmiedemeister Lischke, Kaufmann Viktor, Kaufmann Schmidt, Kaufmann Kirsten, Posthalter Gerlach, Kaufmann Brodnitz; in die Finanz-Kommission: Kaufmann Löwinsohn, Justizrath Mützel, Kaufmann Briske, Geh. Kommerzienrath B. Jaffe, Kaufmann Kronthal, Kaufmann Kantorowicz, Kaufmann Rosenfeld, königl. Auktions-Kommissarius Manheimer, Kaufmann Czapski, Kaufmann Herz, Kaufmann Andersch. Kaufmann Rakowski; in die Schulkommission: Buchhändler Türk, Justizrath Mützel, Geh. Kommerzienrath B. Jaffe, Kaufmann Schmidt, Stabsarzt a. D. Dr. Hirschberg, Oberlehrer Dr. Hassenkamp, Redakteur Dr. Szymanski; in die Wahl-Kommission: Buchhändler Türk, Kaufmann Gerhard, Gerichtssekretär König. Kaufmann Rosenfeld, Rentier Kaminski, Kaufmann Schmidt, Kaufmann Rakowski, Kaufmann Viktor, Kupferschmiedemeister Lischke, Stabsarzt a. D. Dr. Hirschberg; in die Kassenrevisions-Kommission: königl. Aktionskommissarius Manheimer, Kaufmann Andersch, Kaufmann Briske, Kaufmann Löwinsohn. — Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Nachdem hierauf das Protokoll der letzten vorjährigen Sitzung verlesen worden, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Nach einem Anschreiben des Magistrats sind aus Titel XIII, 7 des Etats pro 1879/80 (unvorhergesehene Ausgaben) im Dezember v. J. 1531 Mk., und bis Ende Dezember v. J. im Ganzen 12,500 Mk. verausgabt worden. — Der Vorsitzende verliest alsdann das bereits mitgetheilte ministerielle Schreiben in Betreff der Straßenschilder und knüpft daran die Hoffnung, daß die Angelegenheit nach dem Wunsche des Magistrats und der Versammlung ihre Erledigung finden werde; die Absicht der königl. Regierung sei überhaupt nicht dahin gerichtet gewesen, die jetzigen Straßenschilder zu beseitigen.

Es werden hierauf von der sehr reichhaltigen Tagesordnung, welche 35 Gegenstände enthält, zunächst die dringendsten zur Verhandkung gebracht. — Ueber den Ankauf des Grundstücks Zawade Nr. 127a., welches nächstens zur Subhastation gelangt, einen Flächeninhalt von 26 Aren hat und mit 3600 Mk. gegen Feuerschaden versichert ist, berichtet der königl. Auktionskommissarius Manheimer; den Anlaß zum Ankauf des Grundstücks giebt nach der Magistrats-Vorlage der Umstand, daß die Stadtgemeinde das Grundstück zur zweiten Stelle beliehen hat und daher mitzubieten genöthigt ist; Magistrat hofft, dasselbe für 10,000 Mk. zu erstehen. — Die Versammlung erklärt sich gemäß dem Magistratsantrage mit dem Ankaufe einverstanden.

Ueber die von dem Theaterdirekor Grosse gestellten Remissions-Anträge berichtet Oberlehrer Dr. Hassenkamp. Theaterdirektor Grosse, dessen Kontrakt nach dem mit der Stadtgemeinde abgeschlossenen Vertrage zunächst bis zum 15. Mai d. J. läuft und welcher danach für Beleuchtung und Heizung des Theaters der Stadtgemeinde die Selbstkosten zu entrichten und für den Theatermeister pro Spielabend 6 Mk. zu bezahlen hat, während das erforderliche Wasser aus der städtischen Wasserleitung unentgeltlich geliefert wird, hat an den Magistrat das Gesuch gerichtet, daß Beleuchtung und Heizung sowie der Theatermeister von der Stadt unentgeltlich gestellt werde und man ihm gestatte, die Session bereits zum Palmsonntage zu schließen. — Magistrat beantragt, zunächst die durch Beleuchtung, Heizung und den Theatermeister entstandenen Kosten für das IV. Quartal 1879 niederzuschlagen und begründet dies damit, daß Herr Grosse auch ohne dies schon mit einer bedeutenden Unterbilanz arbeite; die Gründe zu diesen finanziellen Mißerfolgen lägen aber nicht etwa in geringen Bühnenleistungen der gegenwärtigen Gesellschaft — denn daß dieselben über das Niveau dessen, was auf Provinzialbühnen gewöhnlich geleistet, weit hinausgingen, darüber herrsche eine Stimme — sondern einmal in den schlechten Zeiten überhaupt, andererseit in dem Vorurtheile gegen die Rangplätze des Theaters, trotzdem alle ursprünglich vorhandenen Uebelstände durch Erhöhung der Sitzreihen beseitigt seien; größere Einnahmen zu erzielen verhindere auch die große Zahl der Freibillets, indem beispielsweise für die Polizei allein 9 Plätze abgegeben werden müßten. Auch seien die Dekorationen, wiewohl alle rechtzeitig bestellt, doch nicht alle rechtzeitig geliefert worden, und so hätte der dem Direktor überwiesene Theatermeister ihm wenig nützen können, weil er mit dem Belatten der Koulissen beschäftigt gewesen sei. Auch mit dem Beleuchtungs- und Beheizungsapparat habe erst vielfach experimentirt werden müssen, und es könnten daher die Kosten dem Direktor nicht aufgebürdet werden. — Referent beantragt, die Sache einer Kommission zu überweisen; es sei hier zunächst die prinzipielle Frage zu entscheiden, ob die Stadt, nachdem sie einmal das Theater aufgebaut, nicht auch dafür zu sorgen habe, daß in dem Hause gespielt werde; denn daß eine schroffe Ablehnung der Magistratsanträge eine Schließung der Bühne zur Folge habe, sei klar; diese Konsequenz hätten sich diejenigen Herren, die damals für den Theaterbau gestimmt hätten, vorlegen müssen; er sei der Ansicht, daß zwar der Staat auch in hiesiger Stadt ein spezielles Interesse am hiesigen Theater haben müsse und daß es daher gerathen sei, wenn der Magistrat um Erhöhung der Staatssubvention einkomme, daß aber andererseits auch eine Stadt wie Posen ein solches Bildungsinstitut, wie das Theater unter Grosse's Leitung geworden sei, nicht untergehen lassen dürfe. Ob in diesem speziellen Falle eine Subvention zu ertheilen sei, hänge wesentlich davon ab, was die Ursache des geringen Theaterbesuches sei. Liege sie an dem Theaterdirektor, so sei die Subvention zu versagen, indessen glaube er, daß Niemand die Aufführungen selbst tadeln könne. Man habe auch die Preise getadelt, und er halte auch die Preise im 2. Rang für zu hoch, es sei aber zu untersuchen, ob eine Erniedrigung derselben den großen Ausschlag gedeckt haben würde. Da also eine Reihe von Detailfragen in Betracht zu ziehen sei, da namentlich auch die Frage wegen der schlechten Locirung der Rangplätze hier zu untersuchen sei, so sei eine kommissarische Behandlung nöthig. Gegen den Schluß der Saison am Palmsonntag erkläre er sich und wünsche dieselbe wenigstens bis zum 1. April ausgedehnt, da Ostern noch in den März falle, und das Publikum an diesen Tagen nicht des Theaters beraubt werden dürfte; doch beantrage er auch diesen Punkt der Kommission zuzuweisen. Es wird hierauf beschlossen, die Angelegenheit einer Kommission zur Vorberathung zu überweisen, und in diese Kommission werden gewählt: Oberlehrer Dr. Hassenkamp, Geh. Kommerzien-Rath B. Jaffé, Kaufmann Kronthal, Kaufmann Herz, Kaufmann Löwinsohn, Kaufmann Kantorowicz, Rechtsanwalt von Jażdżewski.

Es werden hierauf die Mitglieder zur Einschätzungskommission für die klassifizirte Einkommensteuer, zur Einschätzungskommission für die juristischen Personen, Forensen 2c., zur Klassensteuer-Reklamationskommission und zur Reklamationskommission für die juristischen Personen, Forensen 2c. gewählt. Im Namen der Wahlkommission berichten dabei: Kaufmann Rakowski, Kaufmann Ferd. Schmidt, Posthalter Gerlach. In die Einschätzungskommisssion für die klassifizirte Einkommensteuer werden 11 Mitglieder gewählt, wovon je 2 der Kategorie der Beamten und des Militärs, der Kapitalisten und der Gewerbtreibenden, 3 der Kategorie der Grundeigenthümer angehören.

Zum stellvertretenden Schiedsmann für den XIII. und XIV. Bezirk war Kaufmann Jon. Weiß gewählt worden, der diese Wahl aus verschiedenen Gründen ablehnen zu müssen geglaubt hat. Diese Gründe werden jedoch seitens der Versammlung nicht für stichhaltig erachtet.

Zu Mitgliedern der Direktion der Gas- und Wasserwerke werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Gerichtssekretär König berichtet, gewählt: Oberlehrer Dr. Wituski, Kaufmann W. Kantorowicz, Kaufmann Kronthal.

Zu Mitgliedern der Deputation für die Verwaltung der städtischen Pfandleihanstalt, worüber Kaufmann Rakowski berichtet, werden gewählt: Gerichtssekretär König, Kaufmann Ed. Lange, Kaufmann Ferd. Schmidt.

Zum Mitgliede des gewerblichen Schiedsgerichts aus der Zahl der Arbeitnehmer wird gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Gerichtssekretär König berichtet, Werkführer Dandelski gewählt.

Zum Mitgliede der Stadt-Armen-Deputation wird auf Magistratsantrag, über welchen Posthalter Gerlach berichtet, an Stelle des Archivsekretärs v. Lekszycki der Rentier Miecz. v. Lekszycki gewählt.

Zum Mitgliede der Sparkassen-Deputation wird Kaufmann Ed. Lange gewählt.

An Unterstützungen werden bewilligt: für einen Magistrats-Diätar 100 Mark, für einen städtischen Lehrer gleichfalls 100 Mark.

Mit der interimistischen Anstellung der Lehrer Bernstein, Liebchen und Zninski erklärt sich die Versammlung gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Buchhändler Türk, Dr. Hirschberg und Oberlehrer Dr. Hassenkamp berichten, einverstanden.

Ueber die definitive Anstellung der Lehrer Schelle, Lutz, Marowski, Kaczmarek, Lange und Ameiser berichten Dr. Hirschberg und Dr. Szymanski. Letzterer bemängelt an zwei von den genannten Lehrern, daß sie der polnischen Sprache gar nicht mächtig und daher auch nicht im Stande seien, im Nothfalle, wie dies die Oberpräsidialbestimmung vom Jahre 1873 vorschreibe, zur Verständigung mit polnischen Schülern sich der polnischen Sprache zu bedienen. An den städtischen Schulen seien überhaupt viele Lehrer angestellt, welche gar nicht polnisch sprechen können, wodurch für den Unterricht der Kinder polnischer Nationalität bedeutende Nachtheile erwachsen. Er beantrage demnach, wegen der beiden genannten Lehrer den Magistratsantrag an die Schulkommission gehen zu lassen. — Buchhändler Türk weist darauf hin, daß gemäß der Städteordnung die Versammlung bei Anstellungen nur berechtigt sei, sich über die Personalien zu äußern. — Oberlehrer Dr. Hassenkamp spricht sich in gleichem Sinne aus und weist darauf hin, daß an den hiesigen Schulen genug Lehrer, welche beide Sprachen beherrschen, vorhanden seien, so daß der Dirigent stets im Stande sei, den Unterricht so zu ertheilen, daß die der deutschen Sprache noch wenig oder gar nicht mächtigen Kinder (in den unteren Klassen) von Lehrern unterrichtet werden, welche sowohl deutsch wie polnisch sprechen. — Dr. Szymanski ist der Ansicht, daß die sprachliche Lehrmethode in den städtischen Schulen ungünstige Resultate ergebe, wie sich dies bei den öffentlichen Prüfungen öfters herausstelle. — Bürgermeister Herse spricht sich gegen die Ueberweisung an eine Kommission aus und hebt hervor, daß der Magistrat die Tendenz habe, möglichst Lehrer anzustellen, welche beide Sprachen beherrschen. Es lasse sich jedoch dies Ziel nur unvollkommen erreichen, da aus Rücksicht auf die Parität und auf die Tüchtigkeit der Lehrer unmöglich lauter polnisch-katholische die allerdings beider Sprachen mächtig seien, angestellt werden können; der Magistrat sei daher genöthigt, aus anderen Provinzen tüchtige Lehrer zu nehmen, die allerdings der polnischen Sprache unkundig seien. — Die von Dr. Szymanski angeregte Frage sei übrigens vom Magistrat vor Kurzem eingehend erörtert worden in einem Berichte, welchen der Herr Kultusminister auf drei Artikel des „Kuryer Pozn." über das hiesige Volksschulwesen vom Magistrate eingefordert habe. Auch in diesem Berichte, welcher seiner Zeit der Versammlung mitgetheilt werden würde, habe der Magistrat den Standpunkt vertreten, daß er stets bestrebt sei, den Forderungen in Betreff der beiden Sprachen Rechnung zu tragen, aber nicht auf Kosten der Tüchtigkeit der Lehrer. — Justizrath Mützel spricht sich gegen Ueberweisung der Sache an eine Kommission aus; die städtischen Behörden seien stolz darauf, die hiesigen Simultanschulen ins Leben gerufen zu haben, eine nochmalige Erörterung dieser Frage sei überflüssig. — Nachdem noch Bankdirektor Buski, Dr. Szymanski, Buchhändler Türk, Kaufmann Brodnitz, Bürgermeister Herse in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen haben, wird die beantragte Ueberweisung derselben an die Schulkommission fast einstimmig abgelehnt.

Ueber die Vergebung der Lieferungen für den städtischen Marstall pro 1880—81 berichtet Kaufmann Löwinsohn. Die Versammlung erklärt sich mit der Vergebung an die Mindestfordernden„ einverstanden; es werden demgemäß übertragen: die Strohlieferung dem Gutsbesitzer, Major a. D. v. Schmude, zu 2,33 Mark pro Ztr.; die Heulieferung dem Kaufmann Elkan Aschheim zu 3,50 Mark pro Ztr.; die Haferlieferung demselben zu 7,48 Mark pro Ztr.

Mit der Verpachtung des Düngers von den städtischen Marstallpferden zu 1,85 Mark pro Pferd und Monat erklärt sich die Versammlung gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Posthalter Gerlach berichtet, einverstanden.

Ueber die Verpachtung des Straßendüngers berichtet gleichfalls Posthalter Gerlach, und erklärt sich demgemäß die Versammlung mit der Verpachtung an die Meistbietenden einverstanden: Wirth Mager in Jerzyce 137 Mark für den Dünger auf dem Abladeplatz in Jerzyce, Wirth Pokrywka 300 Mark für den Dünger auf dem Abladeplatz auf der Bernhardinerwiese; Wirth Mager 40 Mark für den Dünger auf dem Abladeplatz in Wilda; der Straßendünger in den einzelnen Polizeirevieren wird für 324 Mark an 5 verschiedene Wirthe verpachtet.

Damit erreicht die Versammlung, welche 4½ Uhr Nachmittag begonnen hatte, nach 7 Uhr Abends ihr Ende.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das „Goethe'sche Tagebuch", welches vor einiger Zeit in Wien konfiszirt und nachträglich wieder freigegeben wurde, ist neuerdings nun auch von der Koblenzer Staatsanwaltschaft dem index librorum prohibitorum einverleibt worden. Diese Thatsache wird von vielen Zeitungen mit dem Stichworte „Goethe konfiszirt" sensationell ausgebeutet, als wenn damit die deutsche Literatur wirklich ihres Dichterkönigs beraubt werden sollte. Meines Erachtens ist die Staatsanwaltschaft im vollen Rechte, wenn sie der gewerbsmäßigen Verbreitung eines entschieden stark erotischen Gedichtes, ohne Rücksichtnahme, daß es aus Goethe's Feder stammt, entgegentritt, sobald dasselbe in Separatausgaben auf den Büchermarkt tritt. Sicherlich nicht in der Absicht, die deutsche Literatur zu fördern, sondern nur auf die Thatsache bauend, daß dergleichen „leichte Lektüre" in großen Massen abzusetzen ist, haben bereits 4 Verleger dieses Goethe'sche Gedicht in Hundert Tausenden von Exemplaren verbreitet und wohl auch verkauft. Die erste bei Lemke in Berlin erschienene Separatausgabe war als eine wirkliche Bereicherung der Goethe-Literatur aufgefaßt worden und ist in erster Linie nur in die Hände solcher gelangt, die entweder Goethe'sche Schriften sammeln oder „Goethestudien treiben". Wenn aber die Industrie sich des Gedichtes bemächtigt, nur um erotische Neigungen zu fördern und es selbst an Bahnhöfen kolportirt wird, so ist es die Pflicht der Staatsanwaltschaft, diesem Treiben entgegenzutreten.

Ein Mißgriff ist es allerdings, wenn die Koblenzer Staatsanwaltschaft so weit geht, selbst den Verkauf der Kurz'schen Ausgabe von Goethe, in der dies Gedicht enthalten, vorläufig zu verbieten. Wer Goethe's Werke in der Kurz'schen Ausgabe kauft, dem liegt es ferne, dieselben nur des „Tagebuches" wegen zu erwerben; ja die wenigsten, welche diese Ausgabe besitzen, hatten auch nur Kenntniß davon, daß dieses Gedicht in dieselbe aufgenommen ist. Was Kurz veranlaßt hat, das „Tagebuch" in seine gesichtete, ausgewählte Ausgabe aufzunehmen, ist allerdings nicht ersichtlich, er hätte es unbeschadet der Trefflichkeit seiner Auswahl immerhin weglassen können. Dagegen gehört das Gedicht entschieden in eine kritische Gesammtausgabe der Goethe'schen Werke. Die einzige kritische seit dem Jahre 1868 erschienene Ausgabe Goethe's ist die Hempel'sche und gerade in dieser hat der Herausgeber Dr. Strehlke unter Verkennung einer „kritischen Ausgabe", es unterlassen, das Gedicht aufzunehmen.

Wie Dr. Strehlke bemerkt, hätte er es absichtlich ausgelassen. Mit demselben Rechte könnte man in einer kritischen Ausgabe „Schillers" die erste Ausgabe der „Räuber" weglassen, die sicherlich nicht für Mädchenpensionate geeignet ist.

Joseph Jolowicz.

Vermischtes.

* **Ueber ein Studentenduell**, welches am 10. in Grunewald bei Berlin stattgefunden, erfährt man: Bei dem Pistolenduell zwischen den Studenten D. und L., ist der erstere tödtlich verwundet worden. D. soll bereits seinen Wunden erlegen sein. L., der die Forderung provozirt, sowie dessen Sekundant, ein Studiosus F. sind flüchtig geworden. Dieselben haben sich angeblich nach Hamburg und von dort nach Amerika begeben. Die Untersuchung seitens des Staatsanwalts und der Polizei ist eingeleitet, doch dürfte dieselbe auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, da der Sekundant des Verwundeten, ein Student M., nicht zu ermitteln ist.

Verantwortl. Redakteur: J. V. Dr. jur. Paul Hörner in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Bekanntmachung.

In den Forsten des Fürstenthums Krotoschin sind pro 1879/80 932,17 Festmeter Eichen Nutz- resp. Schiffsholz angefallen, welche in 6 Loosen, u. z.

Loos Nr. 1, umfassend 19 Stämme mit 28,87 Festmeter im Revier Hellefeld,
Loos Nr. 2, umfassend 245 Stämme mit 339,17 Festmeter im Revier Blankensee,
Loos Nr. 3, umfassend 141 Stämme mit 267,60 Festmeter im Revier Korytnica,
Loos Nr. 4, umfassend 67 Stämme mit 71,68 Festmeter im Revier Smoszewo,
Loos Nr. 5, umfassend 101 Stämme mit 179,16 Festmeter im Revier Glisnica,
Loos Nr. 6, umfassend 47 Stämme mit 45,69 Festmeter im Revier Łakoczyn,

im Wege der Submission an den Bestbietenden verkauft werden sollen.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, ihre Gebote bis längstens den 2. Februar cr. bei dem unterzeichneten Forstamte einzubringen und denselben, unter bestimmter Angabe des Looses oder der Loose, auf welche sie ihr Submissions-Gebot abgeben, eine Kaution von 33⅓ % des Taxpreises des Looses oder der Loose in deutschem Gelde oder deutschen coursfähigen Werthpapieren beizufügen; — Alles portofrei und mit der Aufschrift:

„Submissions-Offerte auf die Eichen-Nutz- resp. Schiffshölzer"

versehen.

Die Revierförster und Förster der betreffenden Reviere sind angewiesen worden, den sich meldenden Interessenten die Besichtigung der Hölzer zu gestatten und ihnen nicht nur das Aufmaß-Register von den Hölzern, sondern auch die Bedingungen zur Einsicht vorzulegen, welche dem Verkaufe sonst noch zu Grunde gelegt werden.

Die Submissions-Offerten werden am 2. Februar c. im Forstamte eröffnet werden, und erfolgt der Zuschlag nach Maßgabe der Verkaufsbedingungen sofort nach der Eröffnung per Post.

Außerdem wird beabsichtigt, u. z.

1. im Revier	Hellefeld	ca. 125	Stämme	mit 155,88	Festmeter,
2. "	Blankensee	" 228	"	" 253,81	"
3. "	Korytnica	" 338	"	" 566,30	"
4. "	Smoszewo	" 124	"	" 121,64	"
5. "	Glisnica	" 341	"	" 546,27	"
6. "	Łakoczyn	" 127	"	" 208,08	"

Eichen Nutz- resp. Schiffshölzer stehend in der Art und ebenfalls im Wege der Submission zu verkaufen, daß dieselben erst dann gefällt und aufbereitet werden, wenn ein annehmbares Gebot abgegeben wird.

Zu dem Ende sind diese Hölzer stehend okulariter nach den eventuellen Dimensionen der ersten 5 Tarifklassen und Unterklassen gewerthet und in ein Verzeichniß zusammengestellt worden, welches, sowie die desfallsigen Bedingungen, bei den resp. Revierförstern und Förstern ebenfalls angesehen werden können.

Die desfallsigen Submissions-Gebote können selbstverständlich nur in Bezug auf die Taxe der ersten 5. Tarifklassen und Unterklassen — nach Maßgabe der Bedingungen — abgegeben werden und haben Interessenten auch dieser ihrer Offerte — welche ebenfalls längstens bis zum 2. Februar cr. einzubringen ist — eine Kaution von 20 % des geschätzten Holzwerthes in deutschem Gelde oder deutschen coursfähigen Werthpapieren beizufügen. — Der Zuschlag für diese Hölzer erfolgt nach der Eröffnung der Submissions-Offerten am 2. Februar cr. event. sofort, event. nach eingeholter Ermächtigung bei der fürstlichen Domainen-Ober-Administration in Regensburg binnen längstens 8 bis 10 Tagen.

Die desfallsigen 2. Submissions-Offerten müssen getrennt formulirt, können aber in einem Couvert resp. Packet eingebracht werden.

Friedrich-Wilhelms-Hayn bei Krotoschin, den 12. Januar 1880.

Das fürstlich Thurn u. Taxis'sche Forstamt Krotoschin.

Bothe.

Oels-Gnesener Eisenbahn.

Für bahnseitige Ausstellung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. Juni 1879 betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande seit 1. d. M. erforderlichen Anmeldescheine wird eine Gebühr von 0,10 Mark pro Exemplar erhoben.

Breslau, den 12. Januar 1880. Direktion.

Das Im- und Export-Geschäft

von **A. K. Reiche & Co.**, Hamburg

versendet hochfeine Apfelsinen 2c. und zwar:

Apfelsinen	Ia. per Kiste enth.	200	Stück	M.	9,00 bis 11,00.
	Ia. " " "	100	"	"	5,00 bis 6,00.
Citronen	Ia. " " "	c. 320	"	"	12,50 bis 14,00.
	Ia. " " "	c. 160	"	"	6,50 bis 7,50.

Mandarinen in beliebigen Packungen per 50 Stück M. 2,75—3,00.
Apfelsinen in kleinern Packungen pr. 25 Stück M. 1,50—1,80.
Citronen " " " per 25 Stück M. 1,20—1,50.

Gesucht tüchtige Agenten gegen gute Provision.

Milch

kann täglich ein Faß billig abgegeben werden. Näheres bei Herrn **Kozlowski**, Mühlenstr. 38.

Fleischabgang

zu **Hundefutter!** Wo? zu erfragen bei **Albrecht**, Breslauerstr. 3 Pt.

Kaufe für Oberschlesien im Auftrage gegen vorherige Kasse jeden Posten

Kartoffeln.

Offerten mit Preisangabe nimmt entgegen
Wilhelm Borinski, Zabrze O./S.

Kieferne Mittelschwellen

suchen fr. Cüstrin zu kaufen.
W. Schönberg & Becker,
Guben.

Geschlechts-

Krankh. speziell **Syphilis-, Haut-Hals- u. Fussübel** (Flechten), sowie Schwächenzustände und alle Unterleibsleiden der Frauen heilt auch **brieflich** gründlich u. schnell der im Ausland approb. **Dr. med. Harmuth, Berlin,** Kommandantenstr. 30.

Hebräischer und Religions-Cursus
Sonntag und Mittwoch.
L. Lang, Sapiehaplatz 2.

Privatschuldenregulirung; Darlehne in jeder Höhe u. Zeit. Off. **Vogt, Breslau,** Reuschestr. 27.

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten, Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sich. Erfolge, auch brieflich Dr. **Holzmann,** Berlinerstr. 16, part.

Anständiges Logis
für ein anständiges Mädchen, die im Geschäft oder mit Nähen im oder außer dem Hause sich beschäftigt, Gartenstr. 14, Part. rechts.

Bäckerstr. Nr. 18 im 1. Stock sind zwei g. möblirte Zimmer n. Bett mit Bedienung an einen einzelnen Herrn sofort zu vermiethen.
Näheres unten im Laden.

Theaterstr. 5, Parterre

pr. 1. April c. 4 Stub., Küche, viel Zubeh. v. Pos. Kredit-Verein gegenw. als Geschäftslokale benutzt, zu verm.

Wegen Versetzung eines höheren Beamten ist **Mühlenstraße 27** eine **gr. herrschaftliche Wohnung mit** oder **ohne Pferdestall** sofort zu vermiethen.

Wegen Geschäfts-Aufgabe gänzlicher Ausverkauf

meiner Bestände an **feinen Bremer und Hamburger Cigarren und Cigaretten** zu sehr billigen Preisen.

E. Heymann,
Wilhelmsstraße 5, neben der Post.

Zur Bequemlichkeit meiner geehrten Kunden habe ich bei untenbenannten Firmen Niederlagen

zum Einzelverkauf von Flaschenbier

errichtet, woselbst sich auch Briefkasten zur Abgabe von größeren Bestellungen befinden, die allabendlich um 7 Uhr geleert werden.

Hochachtungsvoll

W. Polenz,
Oeconom des Moabiter Brauerei-Ausschankes.

J. K. Nowakowski, Wienerplatz 2.	Eduard Feckert jun., Berlinerstr. 12.
Marc. Wassermann, Breitestr. 22.	Emil Brumme, Wasserstr. 26.
A. Streich, Sapiehaplatz 10.	S. O. Burde, St. Adalbert 28.

Graben 20 sind kleine Wohnungen von Stube und Alkoven sofort oder vom 1. April zu vermiethen.

Klosterstraße 22 sind in der I. Etage zwei sehr freundliche Wohnungen zu vermiethen.

Eine möblirte Stube für 1 oder 2 Herren für 18 Mark monatlich zu vermiethen St. Martin 41, Hof 1 Treppe.
Wittwe Rüdiger.

Martinstraße 18 ist versetzungshalber die halbe 1. Etage — 6 Stuben nebst einger. Badestube und sonstigem Zubehör — zum 1. April cr. zu vermiethen.

Der Torfmeister und Vorschnitter **Julius Schonert** aus Költschen a. W. sucht eine Stelle.
Derselbe ist jeder Sorte Torf kundig, auch stehen demselben gute Zeugnisse zur Seite.

Commis, Oekonomen, Förster, Gärtner, Lehrer, Erzieherinnen plazirt und empfiehlt kostenfrei A. Froese, Berlin W., Bülowstr. 77.

Gut Lemnitz Nr. 6 bei Schönlanke sucht eine brauchbare **Wirthin.**

Zabikowo bei Schroda sucht zum 1. April einen deutschen, der polnischen Sprache mächtigen, unverheiratheten **Wirthschafts-Beamten.** Gehalt 330 M.

Ein unverheiratheter, erfahrener, kautionsfähiger **Landwirth,** an Beschäftigung gewöhnt, sucht von sofort bis 1. Juli a. c. eine selbstständige Stellung ohne Gehalt. Offerten unter N. N. 5 befördert die Expedition dieser Zeitung.

Ein gebildetes Mädchen aus anständiger Familie, schon mehrere Jahre in Stellung, in der Wirthschaft sowie in allen Arbeiten tüchtig und erfahren ist und gute Atteste hat, sucht zum 1. April d. J. Stellung, womöglich zur selbstst. Führung der Wirthschaft. Adr. werden unter K. L. 135 postlagernd Posen entgegen genommen.

Ein erfahrener, nüchterner Torfmeister und Vorschnitter mit guten Zeugnissen sucht Stellung.
Leopoldsfahrt bei Landsberg a./W.
Carl Geisler.

Ein junges Mädchen, im Schneidern und allen Handarbeiten geübt, in der feinen Küche nicht unerfahren, sucht eine Stelle als Stütze der Hausfrau. Offerten erbeten unter **Schmilau H. A.** postlagernd.

Ein tüchtiger, erfahrener
Uhrmachergehilfe
findet zum 1. Februar dauernde Stellung.
C. Krüger,
Uhrmacher, G[illegible]n.

Ein junger Mann,

mit der Eisenbranche und Buchführung **vollständig** vertraut, der polnischen Sprache mächtig, Konfession mosaisch, findet von sogleich Stellung bei

J. Alexander,
Briesen W./Pr.

Nur persönliche Vorstellung wird **berücksichtigt.**

Ein sehr solider, stets nüchterner, verheiratheter, jedoch kinderloser, evangelischer Wirthschafts-Inspektor (Schlesier), der polnischen Sprache mächtig, gegenwärtig noch in Stellung, auch die Acker- und Wiesen-Bauschule in Wiesbaden besucht hat, 20 Jahre ununterbrochen bei der Landwirthschaft thätig, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen vom 1. April 1880 Stellung. Gefällige Offerten bitte G. M. postlagernd Pogorzela zu richten.

Ein **Gärtner, gut empfohlen,** deutsch, noch unverheirathet, 28 Jahr alt, militärfrei, sucht vom Februar d. J. oder per sofort Stellung. Offerten erbeten Posen postlagernd unter E. A. 12.

Ein unv. **erster Inspektor,** 29 Jahre alt, evangel., 13 Jahre b. F., in Brennereiwirthschaften bew., der poln. Spr. m., noch in Stellung, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, z. 1. April Stellung. Gef. Off. unter Nr. 55 bef. d. Exp. d. Ztg.

Mädchen,

welche die Stickerei erlernen wollen, können sich melden St. Martin 15, im Hofe 2 Treppen.

Vacanzenliste.

Kaufleute, Lehrer, Land- und Forstwirthe, Aerzte, Bürgermeister, Secretaire 2c., finden in der seit **21 Jahren** überall **bewährten,** früher **Retemeyer'**schen „Vacanzenliste" den **reellsten** Nachweis aller **offenen** Stellen **direct ohne jede Vermittelung.** Dieselbe erscheint jeden **Dienstag** Abend und **abonnirt** man durch **Postanweisung: monatl.** (5 Nr.) **3 M.; dreimonatl.** (13 Nr.) **6 M.** inkl. Francatur, **direct** beim Verleger

P. Grabow

in Berlin, Kurfstr. 40. Probenummer stets **gratis.**

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Valesca** mit dem Feldwebel der 6. Comp. 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments **Rudolph Lukowski** beehren wir uns statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 14. Januar 1880.

C. Peschel, Rentenbank - Sekretär nebst Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Valesca Peschel,
Rudolph Lukowski.

An die Interessenten der Sekundär-Bahn Bentschen-Neustadt-Pinne-Wronke-Czarnikau-Usch-Schneidemühl!

Alle Diejenigen, welche sich für das Zustandekommen der oben bezeichneten Bahnlinie interessiren, werden von Gleichgesinnten hierdurch ergebenst eingeladen, sich

am nächsten Sonntag, den 18. Januar,
Vormittags präzise 11 Uhr,
im Salon des Mylius'schen Hotels zu Posen

zu einer Besprechung einfinden zu wollen.

Zugleich ergeht auch an die betr. Herren **Landräthe, Bürgermeister** und **Stadtverordnetenvorsteher** die ergebene Bitte, den hier eingeschlagenen Weg der Einladung mit der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit entschuldigen und gleichfalls in der Versammlung recht zahlreich erscheinen zu wollen.

Nach der Besprechung ist ein gemeinsames Diner in Aussicht genommen; Anmeldungen hierzu nimmt Herr Mylius entgegen.

Die interessirten Besitzer des Kreises Czarnikau.

Verein der Deutschen Fortschrittspartei.

Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, im Handelssaale:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Die Jahresrechnung und deren Entlastung.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Etwaige Anträge von Vereins-Mitgliedern.

Die Herren Mitglieder werden ergebenst ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Handwerker-Verein.

Freitag den 16. Januar, Abends 8 Uhr,
im kleinen **Lambert**'schen Saale:
Vortrag
des Herrn
Landgerichtsrath Czwalina:
Ueber die neue Civil-Prozeß-Ordnung.
Nichtmitglieder 50 Pf.

Kaufmännischer Verein.

Freitag den 16. Januar 1880, Abends 8½ Uhr:

Ausserordentliche General-Versammlung

bei
A. Voelcker,
Friedrichsstraße 26, part.

Wegen der Wichtigkeit dieser Generalversammlung ist eine **rege Betheiligung** der Mitglieder erwünscht.

C. Meyer,
Kurator.

Diejenigen Mitglieder des **Vereins junger Kaufleute,** welche sich für die Beschlußfähigkeit der zweiten Generalversammlung interessiren und über **die zur Besprechung kommenden Beschwerden,** sowie über die entschieden neu zu wählenden Vorsteher und Revisoren vorher sich informiren wollen, werden ersucht sich **Sonnabend Vormittags 11 Uhr** im kleinen Saale des Herrn **Mewes,** Breslauerstraße 30, einzufinden.

Danksagung.

Allen Denen, die sich bei der leider mißglückten Rettung unseres geliebten Sohnes **Leo** betheiligt haben, sagen wir hiermit unsern wärmsten Dank.

Adolph Zielinsky u. Frau.

Bei meiner Uebersiedlung von Pinne nach Berlin sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Marcus Lewin.

Stadttheater.

Freitag, den 16. Januar 1880.
11. Vorstellung im 4. Abonnement.
Mein Leopold.
Volksstück in 3 Akten v. A. L'Arronge.

Polnisches Theater.

Freitag, 16. Januar.
Vorletztes Gastspiel der Opernsängerin Frau **Skalska** aus Lemberg.
Troubadour.
Oper in 4 Akten von Verdi.

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.
Freitag, den 16. Januar cr.:
Die Kohlenschulz'n.
Posse mit Gesang in 3 Akten.
Die Direktion. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Hedwig Donner mit Kaufmann Theodor Ende in Berlin. Frl. Sophie Drechsel in Berlin mit Fabrikbesitzer Franz Sachrow in Arnswalde. Frl. Anna Dam mit Kaufmann Fritz Dircks in Berlin. Frl. Marie Würst in Berlin mit Gutsbesitzer Richter in Augustenhoff i. W.-Pr. Frl. Wilhelmine Meyer in Großefehn mit Hrn. Karl Schemmann in Witten. Frau Cäcilie Hellmich, verw. Frick in Berlin mit Kaufmann Albert Falcke in Gera. Frl. Nadine von Michael in Gr. Plasten mit Rittmeister Eduard von Enckevort in Pasewalk. Frl. Elisabeth Winstein mit Dr. med. Ernst Franke in Greifswald. Frl. Erdmuthe v. Kries in Liegnitz mit Hrn. Eduard Schwarz in Königsberg i. Pr. Frl. Anna Scheele mit Hauptmann Völcker in Magdeburg.

Verehelicht: Rechtsanwalt Dr. Johannes Koffka mit Frl. Gertrud Greiner in Berlin. Hr. Otto Bleck mit Frl. Johanna Steinweg in Berlin.

Geboren: Ein Sohn: Reg.-Assessor Helfferich in Münster. Militär-Intendantur-Rath Menger in Linden. Apotheker Freusberg in Andernach. — Eine Tochter: Zahnarzt Dr. Robert Baume in Berlin. Hrn. August Winkelmann in Alt-Landsberg. Hauptmann Haedrich in Constanz.

Gestorben: Rabbiner Dr. Gustav Philippson in Berlin. Kaufmann Emil Hübner in Berlin. Major v. Henninges Tochter Dorothee in Karlsruhe.

Druck und Verlag vo[illegible] Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.